

## ERINNERUNGSKULTUREN DER SOZIALEN DEMOKRATIE

# KEINE ERINNERUNGSGEMEINSCHAFTEN IN DER IAO? DEUTSCHE GEWERKSCHAFTER UND DIE SOZIALVERSICHERUNG

Arbeitspapier aus der Kommission „Erinnerungskulturen der sozialen Demokratie“

Sandrine Kott – Januar 2019



### **Zur Autorin**

Sandrine Kott ist Professorin für europäische Zeitgeschichte an der Universität Genf. Zu ihren Forschungsfeldern gehören die Geschichte des Sozialstaates und des Arbeitsrechts in Frankreich und Deutschland seit Ende des 19. Jahrhunderts sowie die Geschichte der Arbeitsbeziehungen in den Ländern des ‚Realsozialismus‘, insbesondere der DDR.

### **Zu dieser Publikation**

Auf Initiative der Hans-Böckler-Stiftung untersucht die Kommission „Erinnerungskulturen der sozialen Demokratie“ von 2018 bis 2020, wie Gewerkschaften und andere Akteur\_innen sozialer Demokratie ihre Geschichte erinnerten und erinnern. Darüber hinaus wird erforscht, inwiefern die Organisationen, Institutionen und Errungenschaften der sozialen Demokratie in den Erinnerungskulturen Deutschlands berücksichtigt wurden und werden. Die Reihe Arbeitspapiere aus der Kommission „Erinnerungskulturen der sozialen Demokratie“ veröffentlicht Zwischenergebnisse aus der Arbeit der Kommission.

© 2019 Hans-Böckler-Stiftung  
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf  
[www.boeckler.de](http://www.boeckler.de)

Alle Rechte vorbehalten.

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.

# Inhalt

Inhalt .....	3
Zusammenfassung.....	4
1. Einleitung .....	5
2. Die deutschen Gewerkschaftler in der IAO: eine umstrittene Stellung .....	8
Deutsche Gewerkschaftler und Beamte in Genf .....	8
Das Berliner, später Bonner Zweigamt des IAA.....	12
3. Die Deutschen Gewerkschaften und die IAO: Ein internationaler Ort nationaler Sozialpolitik.....	15
Eine turbulente Zwischenkriegszeit .....	15
Der Nationalsozialismus - ein Bruch? .....	17
Die unerschütterliche Unterstützung durch den DGB .....	22
4. Die deutschen Gewerkschaften, eine Ressource für die IAO... <td>27</td>	27
Die Expertise der Zwischenkriegszeit.....	27
Der DGB .....	29
Fazit .....	33
Literatur.....	35

## Zusammenfassung

Die gesetzliche Sozialversicherung gilt in Deutschland als ‚Erinnerungs-ort‘. Dieser Beitrag fragt danach, wie es sich mit der Repräsentation der Sozialversicherung im kollektiven Erinnern auf internationaler Ebene verhält. Hierfür dient die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) als Untersuchungsfeld.

Drei Fragen sind dabei erkenntnisleitend. Zunächst wird untersucht, wie die deutschen Repräsentanten in der IAO die Organisation nutzten, um den Modellcharakter der deutschen Sozialpolitik zu konstruieren und zu verbreiten und welche Rolle die deutschen Gewerkschaftler, auch in Konkurrenz zu den ministerialen Beamten, dabei spielten. Zweitens wird gefragt, inwiefern die IAO für deutsche Gewerkschaftler ein Ort war, den sie zur internationalen Erinnerung an ihr Engagement und ihre Mitwirkung in der Sozialversicherung und der sozialen Demokratie nutzten. Kann man von einer Erinnerungsgemeinschaft deutscher Gewerkschaftler innerhalb der IAO sprechen? Abschließend steht die Rolle, die die Tradition der internationalen Solidarität für die deutschen Gewerkschaften in der IAO spielte, im Fokus. Lässt sich ein spezifischer Beitrag der deutschen Gewerkschaften zum Internationalismus rekonstruieren und inwiefern wird dieser in der gewerkschaftlichen Erinnerung repräsentiert?

Mit einer Analyse des Wirkens deutscher Vertreter in der IAO und der Verbindungen zwischen IAO und deutschen Gewerkschaften von der Gründung der IAO bis in die Bundesrepublik kommt die Studie zu folgenden Ergebnissen: In der Zwischenkriegszeit fungierte die IAO als Rahmen zur Internationalisierung des ‚Erinnerungsorts deutscher Sozialstaat‘ und damit auch der Erinnerung an das Wirken der deutschen Gewerkschaften. Doch wirkten die deutschen Gewerkschaftler hieran weniger mit als die deutschen Ministerialbeamten in der IAO. Für die Erinnerungen der Gewerkschaften erweist sich die internationale Arbeitsorganisation als weniger relevant, vor allem, weil die Sozialpolitik innerhalb der nationalen Grenzen stattfindet. Die dennoch praktizierte internationale Solidarität wurde in der IAO nicht erinnert. Und noch weniger international erinnert wurde das Engagement der deutschen Gewerkschaften als Träger und Mitgestalter der deutschen Sozialpolitik.

# 1. Einleitung

Obwohl Deutschland erst 1926 in den Völkerbund aufgenommen wurde<sup>1</sup>, war das Land bereits auf der Konferenz von Washington am 30. Oktober 1919 eingeladen worden, der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) beizutreten.<sup>2</sup> Die BRD ihrerseits trat 1951 der IAO bei, der UNO erst 1973 zeitgleich mit der DDR. Diese vergleichsweise frühe Aufnahme in die IAO wurde ganz allgemein mit der Rolle Deutschlands als „Sozialmodell“ gerechtfertigt und erklärt sich konkret durch die Unterstützung der europäischen Gewerkschaftler. 1919 hofften Léon Jouhaux, Sekretär der französischen Confédération général du Travail (CGT)<sup>3</sup>, und der Sozialist Albert Thomas, erster Direktor des Internationalen Arbeitsamts (IAA), sich auf diese Weise die Unterstützung der mächtigen deutschen Gewerkschaftsbewegung sichern zu können, deren Einfluss in der internationalen Arbeiterbewegung in der Zeit unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg seinen Höhepunkt erreicht hatte. Im Jahr 1903 wurde der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Carl Legien Generalsekretär des internationalen Sekretariats und dann des Internationalen Gewerkschaftsbundes, dessen Berliner Büro 1914 bereits zwölf Angestellte beschäftigte.<sup>4</sup> Erinnert werden muss an dieser Stelle außerdem daran, dass die Zweite Internationale seit 1904 die deutschen Sozialversicherungen wegen der Rolle, die sie den Gewerkschaftsvertretern übertrugen, als Vorbild ansah.<sup>5</sup> Dieser Einfluss musste sich unweigerlich in der IAO niederschlagen, einer Schöpfung der reformistischen Gewerkschaftsbewegung, die eine entsprechende Forderung 1916 auf ihrem Kongress in Leeds formuliert hatte.<sup>6</sup>

---

<sup>1</sup> Für eine genaue Untersuchung der Beziehungen zwischen Deutschland und dem Völkerbund siehe Joachim Wintzer, Deutschland und der Völkerbund 1918-1926, Paderborn: Schöningh 2006.

<sup>2</sup> Ausführlich zu den Umständen siehe Bureau international du travail, Admission de l'Allemagne et de l'Autriche dans l'organisation permanente du travail, Genève: IAO 1920.

<sup>3</sup> Léon Jouhaux war einer der Gründerväter der IAO und von 1919 bis 1952 Mitglied des Verwaltungsrats (mit einer Unterbrechung zwischen 1939 und 1945). Siehe Léon Jouhaux (1879-1954), Revue internationale du travail 70 (1954) 3-4, S. 260-276.

<sup>4</sup> Zu Carl Legien und seiner internationalen Rolle siehe Karl Christian Führer, Carl Legien 1861-1920: ein Gewerkschafter im Kampf um ein „möglichst gutes Leben“ für alle Arbeiter, Essen: Klartext 2009, S. 155-167.

<sup>5</sup> Congrès international socialiste d'Amsterdam (14- 20 aout 1904), Bd. 14, Brüssel: Éditions de Bruxelles (reprint), S. 134-135; Congrès international socialiste, Copenhague, 1910, Genève: Minkoff (reprint) 1981, S. 481.

<sup>6</sup> Resolutions of the International Labor Conference at Leeds, July 1916, in: James Shotwell (Hg.), The Origins of The International Labor Office, 2 Bde., New York: Columbia University Press 1934, hier Bd. 2, S. 23-29; Carol Riegelman, War-Time Trade-Union and Socialist Proposals, in: ebd., Bd. 1, S. 64 f., Siehe auch Reiner Tosstorff, The

Im Jahr 1948 entsandte die IAO eine Delegation in die drei westdeutschen Besatzungszonen<sup>7</sup> und ein Jahr später schlug der britische Regierungsvertreter den Beitritt der BRD zur Organisation vor. Zwar handelte es sich dabei vor allem um eine politische Frage, die den Machtverhältnissen des Kalten Krieges entsprang, doch die Gewerkschaftler spielten erneut eine wichtige Rolle. Für die Gruppe der Arbeitnehmervertreter sprach sich etwa Jouhaux 1949 sehr positiv über einen Beitritt der BRD zur IAO aus.<sup>8</sup> Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) nahmen ihrerseits Kontakt mit dem Internationalen Bund freier Gewerkschaften auf, damit dieser die Aufnahme unterstützte.<sup>9</sup> 1951 wurde die Aufnahme der BRD allerdings als Neuaufnahme behandelt und nicht als Wiedereintritt. Das war ein wichtiger Unterschied, der für eine Art von „Gedächtnisverlust“ der Institution eine Rolle spielte, auf den ich weiter unten zurückkomme.

Angesichts der internationalen Ausstrahlung der deutschen Gewerkschaftsbewegung sowie ihrer Anerkennung bei Gewerkschaftlern, die bei der Entstehung der IAO mitgewirkt haben, lässt sich annehmen, dass die IAO einen institutionellen Rahmen darstellte, in dem Diskurse der deutschen Gewerkschaftsbewegung eine internationale Verbreitung gefunden haben. Zieht man zudem die Bedeutung der Sozialversicherung für die deutschen Gewerkschaften sowie den Charakter der Sozialversicherung als Erinnerungsort in Betracht, dann – so die Ausgangsthese dieses Beitrages – müssten sich in der IAO Spuren der Internationalisierung des gewerkschaftlichen Erinnerungsortes Sozialversicherung finden lassen: Wie und zu welchen Anlässen wird auf Entstehung und Entwicklung der deutschen Sozialversicherung und insbesondere den Beitrag der Gewerkschaften innerhalb der IAO Bezug genommen? Welche Erinnerungsgemeinschaften lassen sich feststellen und welche Rolle spielen Gewerkschaftler dabei? Um diese Fragen zu beantworten soll aber zuerst geklärt werden, wer als Trägerschichten einer deutschen Erinnerung an Sozialpolitik innerhalb der IAO in Frage kam.<sup>10</sup> Dazu werden im Folgenden die deutschen Akteure und ihre Rolle innerhalb der Organisation dargestellt.

Aufgrund der Begleitumstände des Beitritts zur IAO scheint Deutschland, bzw. später die BRD, in der Organisation zunächst nur eine untergeordnete Rolle gespielt zu haben. Dennoch war der deutsche Beitrag in

---

International Trade-Union Movement and the Founding of the International Labour Organization, in: *International Review of Social History* 50 (2005) 3, S. 399-433.

<sup>7</sup> Siehe einen Bericht über diese Delegation in PV CA, 1948, 105, S. 129-133.

<sup>8</sup> PV CA 1949, 109, S. 42.

<sup>9</sup> A-IIA Z 9/24/2, siehe den Bericht von Jeff Rens vom 10. Februar 1951.

<sup>10</sup> Dazu Sandrine Kott, Kann es transnationale Erinnerungsorte geben? Das Beispiel der International Labour Organisation, in: Kirstin Buchinger, Claire Gantet, Jakob Vogel (Hg.), *Europäische Erinnerungsräume*, Campus, Frankfurt/M.: 2009, S. 281-296.

Form von sozialem Fachwissen bedeutsam, insbesondere im Bereich der Sozialversicherungen und später der sozialen Sicherheit. In diesem Rahmen konnten auch die Gewerkschaften, die ein wesentliches Element der Funktionsweise des deutschen Sozialversicherungssystems darstellten, relativ früh in die Expertenkreise der neuen Organisation integriert werden.

Tatsächlich spielten die Gewerkschaften aufgrund der dreigliedrigen Natur der IAO eine wichtige Rolle. Jeder Mitgliedstaat entsandte zur jährlich stattfindenden Internationalen Arbeitskonferenz - eine Art Parlament oder Vollversammlung der Organisation - eine Delegation, die aus zwei Vertretern der Regierung sowie je einem Vertreter der „Arbeitgeber“ und der „Arbeitnehmer“ gebildet wurde. Die gleiche dreigliedrige Repräsentation gab es im Verwaltungsrat, dem Exekutivorgan der Organisation, in dem nur eine begrenzte Anzahl Mitgliedstaaten einen Sitz hatte. Gegenüber der Logik der nationalen Zugehörigkeit war hier allerdings die Zugehörigkeit zu einer der Gruppen (Regierungsvertreter, Arbeitgeber oder Arbeitnehmer) stärker wirksam. Die deutschen Delegierten (des Reichs, später der BRD), Gewerkschaftler und Unternehmer eingeschlossen, hatten von Beginn an im Verwaltungsrat eine wichtige Stellung inne. Als Beamte oder Experten arbeiteten sie des Weiteren auf verschiedene Weise im Internationalen Arbeitsamt (IAA) mit, d.h. im Sekretariat der Organisation.

Diesem Beitrag liegen drei Fragen zugrunde: Zunächst wird untersucht, wie die deutschen Akteure den Modellcharakter der deutschen Sozialpolitik über die IAO konstruierten und verbreiteten und welche Rolle die deutschen Gewerkschaften, auch in Konkurrenz zu den ministerialen Beamten, dabei spielten. Zweitens wird gefragt, inwiefern die IAO für deutsche Gewerkschaftler ein Ort war, den sie zur internationalen Erinnerung an ihr Engagement und ihre Mitwirkung in der Sozialversicherung und der sozialen Demokratie nutzten. Kann man von einer Erinnerungsgemeinschaft deutscher Gewerkschaftler innerhalb der IAO sprechen? Abschließend soll gefragt werden, welche Rolle die Tradition der internationalen Solidarität für die deutschen Gewerkschaften in der IAO spielte. Lässt sich ein spezifischer Beitrag der deutschen Gewerkschaften zum Internationalismus rekonstruieren und inwiefern wird dieser in der gewerkschaftlichen Erinnerung repräsentiert?

## 2. Die deutschen Gewerkschaftler in der IAO: eine umstrittene Stellung

Die IAO ist einer der Orte, an dem man die zwischen den verschiedenen Akteuren der deutschen Sozialpolitik herrschenden Spannungen - dem Ministerium auf der einen, den Akteuren vor Ort und ganz besonders den Gewerkschaften auf der anderen Seite - beobachten kann. In der Periode zwischen 1919 und 1933 kam noch die Konkurrenz zwischen den sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaften hinzu, den beiden Hauptströmungen der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Diese Spannungen und Konkurrenzen traten sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene auf, also zum einen im IAA, in der Internationalen Arbeitskonferenz und im Verwaltungsrat der IAO in Genf, zum anderen in Deutschland, im Berliner bzw. später Bonner Zweigamt. Diese Konkurrenz wirft die für die Untersuchung der IAO als Ort für Erinnerungen an deutsche Sozialpolitik zentrale Frage auf, wer genau die Akteure waren, die hier als Erinnerungsträger in Frage kämen.

### Deutsche Gewerkschafter und Beamte in Genf

Die auf ihr sozialpolitisches Fachwissen stolzen Deutschen waren in den Vertretungsorganen der IAO immer zahlreich präsent.<sup>11</sup> Die deutschen Delegationen zur Internationalen Arbeitskonferenz fielen ab 1920 durch ihre Größe auf, zumal jede Delegation zusätzlich von zahlreichen Beratern und Experten begleitet wurde. Das gilt besonders für die Gewerkschaftsvertretungen: Rudolf Wissell wurde 1921 von acht technischen Beratern begleitet, Willi Richter 1953 ebenfalls. Des Weiteren war Deutschland als industrielle Großmacht ab 1919 durch einen Repräsentanten der Regierung im Verwaltungsrat vertreten: Dr. Leymann, Abteilungsleiter im Reichsarbeitsministerium (RAM).<sup>12</sup> 1954 gelang es der Regierung der BRD nach engen Verhandlungen, diesen Sitz „zurückzugewinnen“. Sie entsandte daraufhin Maximilian Sauerborn, Staatssekretär im Bundesmi-

---

<sup>11</sup> Zur großen Bedeutung der Sozialpolitik in den nationalen/nationalistischen Entwürfe Deutschlands, siehe Sandrine Kott, Der Sozialstaat, in: Etienne François/Hagen Schulze (Hg.), Deutsche Erinnerungsorte, München: Beck 2001, S. 485-502.

<sup>12</sup> Ihm folgten die Ministerialdirektoren Feig (ab November 1923) und Weigert (ab Januar 1928).

nisterium für Arbeit und Sozialordnung (BMAS) und ehemaliger Abteilungsleiter für Kranken- und Rentenversicherung im RAM.<sup>13</sup> Die deutschen Gewerkschaften waren ebenfalls repräsentiert und dies auf höchster Ebene. 1919 war der ADGB-Vorsitzende Carl Legien deutscher Arbeitnehmervertreter, desgleichen sein Nachfolger als Vorsitzender des ADGB, Theodor Leipart (bis 1925), dann der stellvertretende ADGB-Vorsitzende Hermann Müller (1925-1933).<sup>14</sup> Nach dem Zweiten Weltkrieg entsandte der DGB erneut bedeutende Persönlichkeiten in den Verwaltungsrat: zunächst Willi Richter, 1956 zum ersten DGB-Vorsitzenden gewählt, ab 1963 Hermann Beermann, auf den 1970 Gerhard Muhr folgte – die beiden letzteren waren stellvertretende Vorsitzende des DGB und dort mit dem Bereich Sozialpolitik betraut. Gerhard Muhr leitete 1974 die Arbeitnehmergruppe der IAO und wurde 1979 Vizepräsident der Internationalen Arbeitskonferenz. Diese Ämter zeugen von der Stellung der deutschen Gewerkschaften, die sie in den Beratungsgremien der IAO bis in die 1980er Jahre hinein innehatten, und die ihrem internationalen Ruf als einer der weltweit mächtigsten und am besten organisierten Gewerkschaftsbewegungen entsprach.

Im IAA standen die Gewerkschaftler allerdings im Schatten der Beamten des RAM. Als die deutsche Präsenz in der Zwischenkriegszeit 1929 ihren Höhepunkt erreichte, waren von den fast 400 Beamten des IAA 18 Deutsche, darunter drei in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Drei deutsche Beamte entstammten der Arbeiterbewegung. Albert Baumeister, der Carl Legien nahestand, war der erste Deutsche im IAA. Hermann Henseler wurde 1921 für den Internationalen Bund christlicher Gewerkschaften in Den Haag rekrutiert.<sup>15</sup> Martha Mundt kam 1920 auf Empfehlung Eduard Bernsteins zum IAA (das sie 1931 wieder verließ). Wie alle beim IAA beschäftigten Frauen hatte sie zunächst eine subalterne Stellung als Redakteurin, wurde aber sehr rasch damit beauftragt, sich um Fragen der Frauen- und Kinderarbeit zu kümmern. Sie knüpfte weltweit Beziehungen zu führenden Frauen.<sup>16</sup> Bei den Deutschen in gehobenen Positionen handelte es sich um abgeordnete Beamte des Reichsarbeitsministeriums. In den meisten Fällen scheint sich die internationale Karriere auf ihren nationalen Aufstieg positiv ausgewirkt zu haben, was die

---

<sup>13</sup> Siehe die Biografie Maximilian Sauerborns auf der Homepage der unabhängigen Historikerkommission zur Geschichte des RAM: <https://www.historikerkommission-reichesarbeitsministerium.de/Biografien/Maximilian-Sauerborn>

<sup>14</sup> Mit Hans Vogel erhielten die Arbeitgeber 1929 ebenfalls einen ständigen Vertreter im Verwaltungsrat.

<sup>15</sup> AIAA P 928.

<sup>16</sup> AIAA P 520. Zu Martha Mundt siehe auch Françoise Thébaud, *Une traversée du siècle: Marguerite Thibert, femme engagée et fonctionnaire internationale*, Paris: Belin 2017, passim.

hohe Wertschätzung der internationalen Laufbahn und die Ausstrahlung der IAO in der deutschen Verwaltung zu dieser Zeit belegt.<sup>17</sup> Das Gleiche gilt aber für die Gewerkschaftler nicht. In diesem Milieu wird die internationale Arbeit - und das nicht nur in Deutschland - eher als eine Ablenkung von den eigentlichen Zielen der gewerkschaftlichen Arbeit empfunden.

Der erste deutsche ministeriale Beamte, der im IAA eingestellt wurde, war Robert Fuhs.<sup>18</sup> Er war als Referent beim RAM zuständig für den *Zentralen Schlichtungsausschuß*, und wurde im Juni 1921 auf Empfehlung des Staatssekretärs Herrmann Geib ins IAA entsendet. Zunächst als Übersetzer angestellt, wurde er schnell Abteilungsleiter und erhielt ausgezeichnete Beurteilungen.<sup>19</sup> Der zweite Beamte war Friedrich Ritzmann, der im August 1921 auf Empfehlung des Ministerialrates Herrmann Leymann ins IAA kam. Zuvor hatte er Karriere in der Gewerbeaufsicht des Landes Baden gemacht und wurde nach 1927 selbst Ministerialrat im RAM.<sup>20</sup> Im IAA übernahm er die Leitung der Abteilung für Arbeitsschutz und verbreitete in der Organisation eine technizistische Vision, die von seinen Erfahrungen in Deutschland stark geprägt war. Ritzmann verkörpert gut die Figur des Grenzgängers zwischen nationaler und internationaler Bühne. Während er einerseits wiederholt zur Jahreskonferenz der Arbeitsschutzzinspektoren entsandt wurde, um Kontakte zu knüpfen und Informationen zu sammeln, stellte er dort andererseits auch die Arbeit des IAA im Bereich des Arbeiterschutzes vor und verbreitete Erkenntnisse, die er während eines Aufenthaltes in den USA gewonnen hatte (1926).<sup>21</sup>

Der Christsoziale Erwin Ritter war ab 1920 Ministerialdirektor im RAM und wurde 1929 auf Vorschlag des sozialdemokratischen Ministers Rudolf Wissell der erste deutsche Abteilungschef im IAA.<sup>22</sup> Im Mai 1933 wurde er auf den Vorschlag Johannes Krohns hin durch den Ministerialdirektor (seit 1921) Georg Friedrich Sitzler ersetzt. Sitzler war zwischen 1927 und 1931 Regierungsabgeordneter in der Internationalen Arbeitskonferenz und deshalb mit der Organisation bestens vertraut.<sup>23</sup> Andreas Grieser ist eine Persönlichkeit, die hervorragend veranschaulicht, wie die

---

<sup>17</sup> 1929 gab es 15 Deutsche im IAA in Genf, hinzu kamen 11 im Berliner Zweigamt. 1925 stellte das IAA bei einer Berechnung fest, dass Deutschland im Verhältnis zu seinem Beitrag bei den Einstellungen bevorzugt wurde. Siehe hierzu A-IIA P1-8/J1.

<sup>18</sup> Ausgenommen davon ist Mohr, der zwar Deutscher war, aber in das IAA als ehemaliger Angestellter der Internationalen Arbeiterschutzvereinigung eintrat; er hatte keine Beziehungen zu den deutschen Behörden und beantragte sogar die Schweizerische Staatsbürgerschaft, siehe A-IIA P 481.

<sup>19</sup> AIIA P 881.

<sup>20</sup> Siehe die Personalakte F. Ritzmann in AIIA P 1051.

<sup>21</sup> Ebd.

<sup>22</sup> AIIA P 2256.

<sup>23</sup> AIIA P 2785. Sitzler war zudem 1927, 1930 und 1931 Regierungsabgeordneter bei der Internationalen Arbeitskonferenz.

deutschen Beamten des RAM die IAO als institutionellen Rahmen zur Internationalisierung des Erinnerungsorts ‚deutsche Sozialversicherung‘ zu nutzen wussten und damit zugleich zur Internationalisierung des deutschen sozialpolitischen Referenzrahmens beitrugen. Grieser war Leiter der Abteilung für Sozialversicherung im RAM, wurde 1926 als Sachverständiger in den Sozialversicherungsausschuss des IAA berufen und war 1925 und 1927 Vertreter der deutschen Regierung bei der Internationalen Arbeitskonferenz. Vor allem aber hatte er in seiner Tätigkeit als Berichterstatter für den Versicherungsausschuss im Jahre 1927 beträchtlichen Einfluss auf die Redaktion des Übereinkommens über Krankenversicherung, das in seiner Endversion eine große ideelle Nähe zum deutschen Krankenversicherungsgesetz von 1884 aufwies. Grieser wurde dadurch indirekt einer der wichtigsten Akteure bei der internationalen Verbreitung des deutschen Referenzrahmens, der mit dem Übereinkommen von 1927 jenseits seines nationalen Ursprungs zu einer universellen Bezugsgröße wurde.<sup>24</sup>

Mit diesen Persönlichkeiten aus dem RAM wurde Deutschland unverkennbar als eine Quelle für Fachwissen konstituiert und dies in den beiden wichtigen Bereichen Sozialversicherung und Arbeitsbeziehungen. Davon zeugen etwa die Publikationen des IAA. Zwischen 1919 und 1929 widmete die Revue internationale du Travail den Vereinigten Staaten 73 Artikel, obwohl diese kein Mitglied der IAO waren, Großbritannien 65 und Deutschland 51; Frankreich lag mit 39 Beiträgen an vierter Stelle. Hinzu kommen die von den verschiedenen Abteilungen des IAA durchgeführten oder in Auftrag gegebenen Untersuchungen, die in der Reihe *Études et documents* erschienen.

Diese Charakteristik lebte ungebrochen weiter, denn nach dem Zweiten Weltkrieg führten deutsche Beamte die Tradition im IAA fort. Die spezifische Expertise der deutschen Gewerkschaften im Bereich der Arbeitsbeziehungen fand 1956 durch die Ernennung des Juristen Johannes Schregle zum Mitglied der Abteilung für Arbeitsbeziehungen Anerkennung. Johannes Schregle, der Sachverständige des DGB für internationales Arbeitsrecht, beendete zudem seine Karriere im IAA als Abteilungsleiter für industrielle Beziehungen, wurde aber aufgrund seines Fachwissens weiterhin regelmäßig von deutschen Gewerkschaften um Rat gebeten. Schregle war 1960 unter den 23 deutschen Beamten der einzige Gewerkschaftler; erst einige Zeit später, im Jahr 1970, kam mit Bernt Heise ein weiterer Gewerkschaftler hinzu. Wilhelm Dobbernack war nach dem Zweiten Weltkrieg der erste Deutsche, der im IAA einen Leitungsposten erhielt.

---

<sup>24</sup> Sandrine Kott, *Dynamiques de l'internationalisation: l'Allemagne et l'Organisation internationale du travail (1919-1940)*, in: *Critique Internationale* 52 (2011), S. 69-84.

Im RAM und dann im Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) wurde die internationale Anerkennung der deutschen Sozialpolitik als Zeichen ihres beispielhaften Charakters interpretiert. Insofern kann man die Hypothese wagen, dass die deutschen Beamten die IAO als institutionellen Rahmen für die Internationalisierung des Erinnerns an deutsche Sozialpolitik und dabei auch des Erinnerungsortes ‚deutsche Sozialversicherung‘ genutzt haben. Das gleiche gilt aber für die Gewerkschaftsbewegung nicht. Es finden sich keine Anzeichen dafür, dass Gewerkschafter die IAO als Bühne für die Bewerbung der Mitbestimmung und Selbstverwaltung in der deutschen Sozialpolitik verwendet haben. Und das steht interessanterweise im Kontrast zu der Wahrnehmung der IAA-Beamten selbst. Für sie war gerade die Mitwirkung der deutschen Gewerkschaften an der Sozialversicherung und in den Arbeitsbeziehungen der Anlass, die deutsche Sozialpolitik als Modell darzustellen. Diese Diskrepanz zwischen der internationalen Wahrnehmung und dem Selbstverständnis der deutschen Gewerkschafter sowie deren Defizit an Internationalität finden ihren Ausdruck in der starken Involvierungen der deutschen Gewerkschaften in den eher ‚nationalen Organen‘ der IAO, nämlich im Berliner Zweigamt.

## **Das Berliner, später Bonner Zweigamt des IAA**

In der Zwischenkriegszeit war ein großer Teil der Beamten des bedeutenden Berliner Zweigamts<sup>25</sup> aus der Gewerkschaftsbewegung hervorgegangen. Die beiden ersten Direktoren, Alexander Schlicke (1921-1925) und Willy Donau (1925-1933)<sup>26</sup>, waren in enger Abstimmung mit den Vorsitzenden des ADGB und am Ende erbitterter Verhandlungen<sup>27</sup> berufen worden; sie entstammten ebenso der sozialdemokratischen Strömung<sup>28</sup> der Gewerkschaftsbewegung wie die meisten übrigen Mitarbeiter des Amtes. Das Berliner Zweigamt war auch ein Ort gewesen, an dem die beiden Flügel der deutschen Gewerkschaftsbewegung, die sozialdemokratische und die christsoziale Strömung, aufeinandertrafen. So war etwa im Zuge

---

<sup>25</sup> Zur Bedeutung des Berliner Zweigamts im Vergleich zu anderen siehe die Abrechnungen der verschiedenen Zweigämter für das Jahr 1930 in AIAA C 002/0. Das Zweigamt von Berlin beschäftigte zu diesem Zeitpunkt 11 Personen, das Pariser Amt 8 und das Londoner Amt 6.

<sup>26</sup> AIAA P 1758.

<sup>27</sup> AIAA CAT 7/476, 20. März 1925. Siehe vor allem die Verhandlungen mit Leipart.

<sup>28</sup> AIAA C 502/0. Schlicke war sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter aus Württemberg.

einer Öffnung hin zum christsozialen Flügel im Januar 1926 Wilhelm Claussen an das Zweigamt gekommen.<sup>29</sup>

Das änderte sich aber nach dem Zeiten Weltkrieg. Für Morellet, Büromitarbeiter des Generaldirektors David Morse, stand fest, dass sich eine für diesen Posten infrage kommende „Persönlichkeit in keiner Weise mit dem NS-Regime kompromittiert“ haben durfte. 1953 fiel die Wahl deshalb auf den Ökonomen Georg Seib, der einen Großteil der Kriegszeit in Gefangenschaft verbracht hatte, auf der Bühne der IAO allerdings neu war. Mit Seib sollte also ein Neuling das am 10. März 1953 feierlich eröffnete neue Bonner Zweigamt leiten.<sup>30</sup> Das war ein Bruch mit der Tradition

Die Verantwortlichen des DGB beklagten sich bitter darüber, dass die Ernennung Georg Seibs nicht mit ihnen abgestimmt worden war.<sup>31</sup> Diese Entscheidung, die den Gepflogenheiten der IAO für die Rekrutierung des Personals für einen solchen Posten nicht entsprach, hing sicherlich mit den Spannungen zwischen der ersten Regierung der BRD und der Gewerkschaftsbewegung zusammen. Sie war aber vor allem symptomatisch für die im Grunde sowohl politische als auch wirtschaftliche Dimension des Beitritts der BRD zur IAO und für einen ganz bewusst herbeigeführten Bruch mit der Weimarer Zeit. Seib hatte weder irgendwelche Verbindungen zur deutschen Gewerkschaftsbewegung noch war er als Spezialist für Sozialpolitik ausgewiesen. Vielmehr hatte er verschiedene Posten in der Verwaltung des Marshall-Plans bekleidet und war persönlicher Referent des Vizekanzlers für Wirtschaftsangelegenheiten gewesen. 1976 wurde er von Detlef Zöllner abgelöst, der zwar ebenfalls nicht aus der Welt der Gewerkschaften stammte, aber immerhin als echter Experte für soziale Fragen gelten konnte. Er kam aus dem Arbeitsministerium und kannte außerdem die IAO gut, weil er die deutsche Regierung als Abgeordneter auf der Internationalen Arbeitskonferenz vertreten hatte und in den 1960er Jahren als Sachverständiger für Soziale Sicherheit im Rahmen verschiedener Entwicklungsmisionen der IAO beteiligt gewesen war.<sup>32</sup> Obwohl sie ihr Bedauern darüber zum Ausdruck brachten, bei der Auswahl des Korrespondenten nicht hinzugezogen worden zu sein, fuhren der DGB-Vorsitzende Walter Freitag und sein Stellvertreter Matthias Föcher 1953 zu einem Treffen mit Seib nach Bonn. Sie signalisierten ihre

---

<sup>29</sup> AIAA CAT 1/25/1 und 26. In seiner Korrespondenz mit Willy Donau nannte Albert Thomas ihn ironisch „der kleine Christ“.

<sup>30</sup> Zu Georg Seib siehe seine Erinnerungen: Friedrich Georg Seib, Für Wiederaufbau und Entwicklung: Erinnerungen und Erfahrungen im deutschen und internationalen Dienst, Heiligenstadt: Cordier 2001.

<sup>31</sup> Correspondent Branch office report, Februar 1953, AIAA C 24-2-1. Siehe auch den Brief von Rens an den Generaldirektor vom 4. März 1953, AIAA Z 9/24/4.

<sup>32</sup> AIAA Z 9/24.

Bereitschaft zur Zusammenarbeit und betonten die Bedeutung, die sie der Arbeit der IAO beimaßen.

Tatsächlich hatten die Gewerkschaften in der britischen Besatzungszone bereits 1948 anlässlich der Verhandlungen über die Betriebsvereinbarungen Kontakt mit dem IAA gesucht und einige Exemplare der Betriebsvereinbarungen mit Bitte um Stellungnahme nach Genf geschickt.<sup>33</sup> 1949 reiste Ludwig Rosenberg, beim DGB für internationale Beziehungen zuständig und das einzige Präsidiumsmitglied, das Englisch sprach (er hatte den Nationalsozialismus in England überlebt), nach Genf, um einen Austausch von Publikationen zwischen dem neu gegründeten DGB und dem IAA anzuregen.<sup>34</sup> Im selben Jahr fragte sich Erich Bührig, der im DGB den Bereich Arbeitsrecht leitete, „inwieweit die deutsche Gesetzgebung den von der IAO beschlossenen Konventionen und Empfehlungen entspricht und Ergänzungen oder Änderungen der Gesetzgebung notwendig sind, um sie dem Beschluss der IAO anzupassen“.<sup>35</sup> Der DGB stellte zur Klärung dieser Fragen einen jungen Juristen an, der aus dem Gewerkschaftsmilieu stammte, Johannes Schregle, dessen weitere Laufbahn im IAA oben bereits angesprochen wurde. All diese Entwicklungen und Umstände belegen ein starkes Interesse an der IAO im DGB und die Bereitschaft zur Unterstützung ihrer Aktivitäten. Allerdings legen sie im Vergleich zur Zeit davor auch eine Art Umkehrung des Verhältnisses zwischen der IAO und den deutschen Gewerkschaften nahe. Während das IAA den ADGB umworben hatte, war es nun anders herum: der DGB warb um die Unterstützung der IAO.

---

<sup>33</sup> Protokoll eines Treffens mit den Gewerkschaften der britischen Besatzungszone am 11. Mai 1948, AIAA RL 24-3-19.

<sup>34</sup> Brief von Hans Böckler an Schuil, 23. Februar 1949, AIAA RL 24-3-19.

<sup>35</sup> Böckler an Schuil, 11. August 1950, AIAA RL 24-3-19.

### 3. Die Deutschen Gewerkschaften und die IAO: Ein internationaler Ort nationaler Sozialpolitik

#### Eine turbulente Zwischenkriegszeit

In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen setzte Albert Thomas große Hoffnungen in die Arbeiterbewegung, um Deutschland an Europa zu binden. 1931 erklärte er – angesichts der Umstände nicht ohne Ironie<sup>36</sup>: „Ich bin darüber erfreut, in der deutschen Gewerkschaftsorganisation einmal mehr die starke Kraft des Friedens und der internationalen Verständigung begrüßen zu können, die bereits so machtvoll dazu beigetragen hat, die Völker einander näherzubringen und den Frieden zu sichern. Angesichts der nationalistischen Aufwallungen, die noch von Zeit zu Zeit die meisten Länder in Aufruhr versetzen, ist es gut, dass die Zusammenarbeit der Arbeiter einen vertrauensvollen Blick in die Zukunft erlaubt.“<sup>37</sup> Für Thomas, wie für alle reformsozialistisch gesinnten Mitarbeiter des IAA war die Mitwirkung der deutschen Gewerkschaften wichtig, weil sie ein positives Bild von deren sozialpolitischer Mitwirkung durch die Selbstverwaltung und die Mitbestimmung hatten. Eigentlich könnte man fast behaupten, dass die IAA-Beamten von den deutschen Gewerkschaften erwarteten, dass sie über die IAO die deutsche Selbstverwaltung als einen Erinnerungs-ort demokratischer internationaler Sozialpolitik ausbilden würden. Das geschah aber nicht.

Die Beziehungen zwischen IAA und deutschen Gewerkschaften waren keineswegs einfach und 1924 drohte Albert Thomas sogar, das Berliner Zweigamt wegen erheblicher Missstände zu schließen.<sup>38</sup> Die Ursachen dieser Missstände schrieb er besonders einem Verantwortlichen zu, dem Gewerkschaftler Albert Baumeister.<sup>39</sup> Dessen Äußerungen veranschaulichen die Entwicklung des Nationalismus in der Gewerkschaftsbewegung ebenso prägnant wie die ambivalente Stellung, die diese gegenüber der IAO bezog. Als Sekretär Carl Legiens bis 1917 in der internationalen Gewerkschaftsbewegung engagiert und Redakteur der *Internationalen Korrespondenz* war Baumeister einer der ersten deutschen Beamten des

---

<sup>36</sup> Seine Korrespondenz mit Leipart (AIAA CAT 7 476) ist mit Bemerkungen über den nationalistischen Hochmut durchsetzt, dessen Zeuge er wurde.

<sup>37</sup> Brief von Thomas an Leipart, 26. August 1931, AIAA CAT 7 476.

<sup>38</sup> Briefe aus 1924, AIAA C 502/0.

<sup>39</sup> Brief an Butler, 31. Oktober 1924, AIAA XC 24 1/1.

IAA, zunächst in Genf, anschließend im Berliner Zweigamt. In seiner Korrespondenz mit Albert Thomas, aber auch in publizierten Texten, vertrat er allerdings einen ultra-nationalistischen Standpunkt, äußerte sich bisweilen sogar feindselig gegenüber der Organisation, für die er arbeitete.<sup>40</sup> So beschuldigte er die Franzosen, im Ruhrgebiet und im Saarland die Errungenschaften der deutschen Arbeiter zu zerschlagen<sup>41</sup> und zog offen die Wirkmächtigkeit der angeblich von Frankreich und Großbritannien dominierten internationalen Gewerkschaftsbewegung und der IAO in Zweifel. Baumeister trat für die Verteidigung der nationalen Interessen der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Errungenschaften ein, die er von britisch-französischen Kapitalinteressen bedroht sah.<sup>42</sup> Damit verlieh er einer Grundtendenz der deutschen Gewerkschaftsbewegung der 1920er Jahre Ausdruck, die auf den grassierenden Nationalismus einschwenkte und gegenüber internationalen Organisationen eine ausgeprägte Feindseligkeit an den Tag legte. Die IAO wurde für unfähig befunden, einer internationalen Politik etwas entgegenzusetzen, die Deutschland verarmen ließ und die deutsche Arbeiterklasse ins Elend stürzte.<sup>43</sup> Baumeister war im Übrigen nicht der einzige, der sich so äußerte. Als sich Albert Thomas bei Hermann Müller, dem stellvertretenden ADGB-Vorsitzenden und deutschen Gewerkschaftsvertreter im Verwaltungsrat, über die schwache Unterstützung beklagte, die die IAO von den deutschen Gewerkschaften erhielt, antwortete dieser: „Es ist richtig, dass das IAA in den Gewerkschaften nicht so Fuß gefasst hat, wie wir es selbst wünschen. Aber woran hat das gelegen? Auch die deutschen Arbeiter sind Deutsche und sie können die Welt nicht betrachten ohne Rücksicht darauf, wie Deutschland von der Entente behandelt wird. Und dass die Entente dem Inneren Aufbau der deutschen demokratischen Republik auch nur das geringste Verständnis entgegengebracht hätte...“.<sup>44</sup> 1926 warf er Albert Thomas vor, auf die Interessen der von der Inflation stark belasteten deutschen Arbeiter keine Rücksicht zu nehmen.<sup>45</sup> Allerdings ließen nicht nur die Gewerkschaftler Loyalität gegenüber der Organisation vermissen, der sie eigentlich dienen sollten. So notierte Albert Thomas 1931 in einer Auswertung der Arbeit

<sup>40</sup> Albert Baumeister war bereits während des Ersten Weltkriegs ins Lager der Nationalisten in der SPD gewechselt. Anschließend war er Mitglied des Reichstags.

<sup>41</sup> Brief vom 26. Oktober 1923, AIAA CAT 7-29.

<sup>42</sup> Siehe vor allem seine Rede aus dem Jahr 1925 (abgedruckt als: Der deutsche Arbeiter in der Internationale, Berlin: Verlag der neuen Gesellschaft 1925), die nicht ohne Rückgriff auf einen gewissen Antisemitismus auskam (Schriftenreihe des „Firn“).

<sup>43</sup> Die „nationalbolschewistische“ Strömung in der deutschen Sozialdemokratie sammelte sich um Ernst Niekisch, dem Baumeister nahestand.

<sup>44</sup> Brief von H. Müller an Albert Thomas, 24. November 1924, AIAA CAT 7 519.

<sup>45</sup> Petra Weber, Gescheiterte Sozialpartnerschaft - gefährdete Republik? Industrielle Beziehungen, Arbeitskämpfe und der Sozialstaat. Deutschland und Frankreich im Vergleich (1918-1933/39), München: Oldenbourg 2010, S. 476 f.

Erwin Ritters: „Aber ich habe von Herrn Ritter in der heftigen Krise, in der wir uns befinden, weder im Allgemeinen noch im Hinblick auf die interne Verwaltung die unterstützende Zuarbeit erhalten, die ich mir letztes Jahr erbeten habe.“<sup>46</sup>

Die nationale Empfindlichkeit der deutschen Gewerkschaftler konzentrierte sich ganz besonders in der Frage des Gebrauchs des Deutschen als Arbeitssprache. Schon 1920 forderte Legien im Verwaltungsrat, dass die Publikationen der IAO ins Deutsche übersetzt werden und fügte hinzu, dass „der Gebrauch des Deutschen Holland und die skandinavischen Länder auch betrifft“.<sup>47</sup> Albert Thomas unterstützte diese Forderung und erklärte im Verwaltungsrat: „Es gibt zur Stunde in den Mitgliedsstaaten der IAO 25 Millionen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, die in der Lage sein müssten, den Arbeiten der internationalen Arbeitsgesetzgebung mit Interesse zu folgen. Von diesen 25 Millionen sprechen 10 Millionen ausschließlich deutsch bzw. bedienen sich des Deutschen hilfsweise.“<sup>48</sup> 1925 verpflichtete er sich, mit seinen deutschsprachigen Partnern auf Deutsch zu korrespondieren und ihnen die Arbeitsunterlagen des IAA umgehend in deutscher Übersetzung zukommen zu lassen.<sup>49</sup> Für Albert Thomas war das Eintreten für den Gebrauch des Deutschen als Arbeitssprache jedoch nicht gleichbedeutend mit einem Nachgeben gegenüber den nationalistischen Forderungen der deutschen Gewerkschaftler. Das Anliegen stand für ihn gewissermaßen über dieser Frage, es sollte nämlich dazu beitragen, die sich zurückziehenden deutschen Arbeiter an die internationale Organisation zu binden und sie als internationale sozialpolitische Akteure im Spiel zu halten. Folglich wurde Deutsch eine der Arbeitssprachen im IAA und dieses gab zwischen 1923 und 1940 die Internationale Rundschau der Arbeit heraus, bei der es sich um eine Auswahl ins Deutsche übersetzter Beiträge zur Revue internationale du Travail handelte. Nach dem Krieg forderten die Verantwortlichen aus Politik und Gewerkschaften erneut wiederholt die Publikation einer auf Deutsch erscheinenden Zeitschrift nach dem Vorbild der Internationalen Rundschau, konnten sich damit allerdings nicht durchsetzen.

## Der Nationalsozialismus - ein Bruch?

Hitlers Machtübernahme schien der Präsenz Deutschlands und insbesondere der deutschen Gewerkschaftler im IAA ein jähes Ende zu setzen.

---

<sup>46</sup> AIAA P. 2256.

<sup>47</sup> PV CA, 1920, 5, S. 29.

<sup>48</sup> PV CA, Oktober 1920, Anhang VIII, S. 60.

<sup>49</sup> Siehe Vermerk vom 6. April 1925, AIAA P1/8.

Bereits 1933 wurde Helmut Lehmann von den nationalsozialistischen Machthabern seines Amtes als Vorsitzender des Hauptverbands deutscher Krankenkassen enthoben, in einem Arbeitslager interniert und von der Liste der Sachverständigen des Sozialversicherungsausschusses gestrichen.<sup>50</sup>

Über die repressiven Maßnahmen unterrichtet, von denen die deutschen Gewerkschaftler betroffen waren, beunruhigten sich die Vertreter der Arbeitnehmergruppe im Verwaltungsrat darüber, dass der deutsche Gewerkschaftsvertreter Wilhelm Leuschner nicht zu den Sitzungen erschien.<sup>51</sup> (1944 wurde Leuschner wegen seiner Beteiligung am Widerstand gegen Hitler zusammen mit Carl Friedrich Goerdeler in Plötzensee hingerichtet.) Um die europäische Öffentlichkeit zu beruhigen, wurde Leuschner nach einem Gespräch zwischen Staatssekretär Johannes Krohn, RAM, und dem neuen IAA-Direktor Harold Butler<sup>52</sup> in die deutsche Arbeitnehmerdelegation zur Internationalen Arbeitskonferenz 1933 aufgenommen. Geleitet wurde diese, ansonsten ausschließlich aus Mitgliedern der DAF bestehende, Delegation von deren Chef, Robert Ley. Die Genfer Öffentlichkeit und die örtliche linke Presse bereiteten Robert Ley einen hitzigen Empfang und dieser ließ während seines kurzen Aufenthalts in Genf keine Gelegenheit aus, um zu provozieren. Er stellte nicht nur in unverhältnismäßiger Weise nationalsozialistische Abzeichen zur Schau, sondern machte auch durch unangebrachte Parolen, deplatziertes Verhalten und provozierende Aussagen auf sich aufmerksam. Die Aussagen waren vor allem gegen die IAO gerichtet, die er als marxistisches Bollwerk schmähte, und stellten Angriffe gegen lateinamerikanische Länder dar.<sup>53</sup> Daraufhin sprach der Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbunds, der Belgier Walter Schevenels, der deutschen Arbeitnehmerdelegation ihren repräsentativen Charakter ab und prangerte die systematische Zerstörung der gewerkschaftlichen Freiheit in Deutschland an.<sup>54</sup> Infolgedessen reiste die deutsche Delegation am 19. Juni aus Genf ab<sup>55</sup> und kurze Zeit später trat Deutschland aus der IAO aus.

---

<sup>50</sup> Brief vom 14. Oktober 1933, AIAA SI 1/0/24.

<sup>51</sup> Hierzu die ausführliche Darstellung in Reiner Tosstorff, Wilhelm Leuschner gegen Robert Ley: Ablehnung der Nazi-Diktatur durch die Internationale Arbeitskonferenz 1933 in Genf, Frankfurt am Main: VAS 2007, insbesondere S. 14-16.

<sup>52</sup> Ebd.

<sup>53</sup> Siehe die vollständige, vom Informationsdienst angelegte Akte mit Presseausschnitten, AIAA DADG 10-4.

<sup>54</sup> Siehe die umfangreiche Dokumentation mit Protokollen der Internationalen Arbeitskonferenz (fortan IAK) von 1933, S. 486-490. Eine deutsche Übersetzung in Tosstorff, Leuschner gegen Ley.

<sup>55</sup> IAK 1933, 17, S. 486-490.

Zur selben Zeit befand sich das Berliner Zweigamt der IAA in einer schweren Krise.<sup>56</sup> Der Sozialdemokrat Willy Donau musste Berlin im Oktober 1933 aus gesundheitlichen Gründen für längere Zeit verlassen und überließ die Leitung des immer noch im Gebäude des RAM untergebrachten Zweigamtes dem christlichen Gewerkschafter Wilhelm Claussen. Als im Dezember 1933 ein Besuch hochrangiger NSDAP-Mitglieder in den Räumen des IAA angekündigt wurde,<sup>57</sup> nahm Walter Reichhold, ein vorübergehend vom RAM abgestellter Beamter des IAA, das Portrait Albert Thomas' von der Wand des von ihm geführten Zeitschriftensaals, und zerschlug es mit dem Schrei „Heil Hitler!“ an einem Stuhl. An dessen Platz hängte er ein Portrait des neuen Reichskanzlers.<sup>58</sup> Reichhold warf dem IAA außerdem vor, das Berliner Zweigamt zu einer Außenstelle der Sozialdemokratie gemacht zu haben und beschuldigte bestimmte dem Amt nahestehende Personen, ihre diplomatische Sonderstellung dazu benutzt zu haben, feindliches und kompromittierendes politisches Material zu unterschlagen. Wilhelm Claussen konnte den IAA-Direktor Harold Butler dennoch davon überzeugen, eine Berliner Vertretung beizubehalten und sorgte dafür, dass weiterhin der *Presse-Dienst* erschien.<sup>59</sup> Als dieser 1934 dazu aufgefordert wurde, sich dem Reichsverband der deutschen Korrespondenz- und Nachrichtenbüros anzuschließen, musste sich Claussen dem Schriftleitergesetz beugen und eine Genehmigung des Direktors Harold Butler einholen.<sup>60</sup>

Als der in Berlin verbliebene Korrespondent des IAA geriet Wilhelm Claussen ins Zentrum der Zuständigkeitskonflikte zwischen RAM und DAF. Ab 1936 bekam er eine Akkreditierung beim „Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda“ und wurde damit de facto zu einem Propagandainstrument des Dritten Reichs. So freute sich Claussen über einen Hinweis auf die IAO in einem deutschen Propagandafilm über die Freizeitorisation im Dritten Reich, nachdem er die vom Reichspropagandaministerium gelieferten Informationen nach Genf geschickt hatte.<sup>61</sup>

Ende desselben Jahres übernahm Robert Ley die Leitung eines „Zentralamts für internationale Sozialgestaltung“, das von 1941 bis 1944 die

---

<sup>56</sup> Siehe dazu ausführlicher Sandrine Kott, Competing Internationalisms: The Third Reich and the International labour Organization, in: dies./Kiran Klaus Patel (Hg.), Nazism across Borders. The Social policies of the Third Reich and their Global appeal, Oxford: Oxford University Press 2018, S. 29-52.

<sup>57</sup> AIAA P 2527.

<sup>58</sup> Brief von Reichhold an Pône, 8. Januar 1934, AIAA XO 2/28.

<sup>59</sup> AIAA C 505/1901.

<sup>60</sup> Vermerk vom 21. Januar 1935, A-IIA C 505/1901.

<sup>61</sup> Brief vom 21. März an Butler, A-IIA XC/24/1/2. Der erwähnte Film bezieht sich auf eine Ermittlung der IAO, nach der 12 von 19 Millionen Personen, die in Europa über bezahlten Urlaub verfügten, in Deutschland lebten.

Neue internationale Rundschau der Arbeit herausgab. Mit dieser Zeitschrift wollten die Verantwortlichen bei der DAF die ehemalige Internationale Rundschau der Arbeit ersetzen, deren Veröffentlichung bis 1939 von Willy Donau in Genf besorgt worden war.<sup>62</sup> Um die Zeitschrift, die in fünf Sprachen erscheinen sollte, herauszugeben und zu übersetzen, wandte sich die DAF an ehemalige Mitarbeiter des IAA, die aufgrund von drastischen Personalkürzungen im Amt arbeitslos geworden waren. So wurden etwa die beiden früheren Gewerkschaftler Otto Bach und Willy Donau, die beide im Berliner Zweigamt tätig gewesen waren, Teil des Vorhabens. Dem französischen Sozialisten Marius Viple<sup>63</sup> zufolge, Leiter der etwa 20 in Genf zurückgebliebenen Beamten, kam zu diesem Kern noch Haberstroh hinzu, der behauptete, „ein glühender Gegner des Nationalsozialismus und Experte in verdeckter Propaganda zu sein“. Er wurde im Mai 1941 von Bach angeworben und soll die IAO-interne Kartei der Abonnierten der *Internationalen Rundschau der Arbeit* nach Berlin mitgebracht haben. Donau soll auch versucht haben, Übersetzer und Sekretäre aus den Reihen der ehemaligen IAO-Mitarbeiter anzuwerben.<sup>64</sup>

Otto Bach war in dieser Phase besonders aktiv. Viple zufolge verfasste er zum Beispiel das erste Editorial der neuen international ausgerichteten Zeitschrift der DAF. Darin brachte er seine Freude darüber zum Ausdruck, dass der Geist der „französischen Revolution“ in Europa besiegt sei und wünschte sich eine neue, vom Deutschen Reich durchgesetzte europäische Sozialpolitik herbei. Bach wurde auch zu einem Verbindungsmann zu den Gewerkschaftsorganisationen in Westeuropa und soll damit einverstanden gewesen sein, nach Skandinavien, Paris, Spanien und Portugal zu reisen, um die ehemaligen Gewerkschaftler, mit denen er in Verbindung stand, für die Sache zu gewinnen.<sup>65</sup> Im Februar 1941 hielt er vor Gewerkschaftsfunktionären einen Vortrag im Deutschen Institut in Paris. Nachdem er auf das vermeintliche Versagen der internationalen Sozialpolitik der IAO eingegangen war, erläuterte er die Überlegenheit einer auf

---

<sup>62</sup> Zu den internationalen Bemühungen der DAF aus Perspektive des IAA, siehe A-IIA PWR1-24.

<sup>63</sup> Viple bekam von der Vichy-Regierung kein Visum, um nach Kanada zu reisen, das Deutschland bereits den Krieg erklärt hatte. Marius Viple war ein linker französischer Sozialist (aus der Guesdistischen Strömung). Er äußerte bereits ab 1933 eine Ablehnung gegenüber dem Nationalsozialismus. Zugleich war er aber auch der Schwager Pierre Lavals, des Regierungschefs der Kollaboration. Er versuchte in dieser Zeit seine Beziehungen auszunutzen, damit Frankreich Mitglied der IAO bleiben konnte. Siehe hierzu insbesondere die Korrespondenz zwischen Viple und Phelan in A-IIA Z1/11. Vgl. Jacky Eisenberg, *Laquelle était la vraie France? France and the ILO during the Second World War*, in: Jasmien Van Daele u. a. (Hg.), *ILO histories: essays on the International Labour Organization and its impact on the world during the twentieth century*, Bern/New York: Peter Lang 2010, S. 341-365.

<sup>64</sup> Viple, 13. Mai 1941, A-IIA Z1/11.

<sup>65</sup> Viple, 18. November 1941, A-IIA Z1/11.

der nationalsozialistischen Ordnung beruhenden Sozialpolitik.<sup>66</sup> Im Dezember 1941 versicherte in diesem Sinne Otto Bach in einem Gespräch mit Marius Viple, dass er „weiterhin der von Bismarck gepriesenen und begründeten Sozialgesetzgebung diene... [,] dass die aktuellen Veränderungen all seine Erwartungen übertrüfen und dass seiner Ansicht nach die Millionen ausländischen Arbeitskräfte in den deutschen Fabriken in den Genuss vorbildlicher Versicherungen kämen“.<sup>67</sup> Bach übernahm damit den herrschenden Diskurs der Nazis, dem zufolge die deutsche Sozialpolitik nun endlich selbst die Mittel habe, sich international durchzusetzen, ohne den Umweg über Genf nehmen zu müssen.<sup>68</sup>

Otto Bach, der als treuer deutscher Internationalist nach dem Krieg in den Vorstand der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen eintrat, ist zwar sicher ein extremes Beispiel für diese ‚nationale internationalistische‘ Strömung, die ein Mitwirken am nazistischen, sozialimperialistischen Projekt möglich machte, aber er war nicht der einzige. Im IAA waren sich mehre Beamten völlig bewusst, dass alle vor dem Krieg im IAA und seinem Berliner Zweigamt tätigen deutschen Beamten mit dem Nazismus stark kompromittiert waren.<sup>69</sup> Die „neu“ eingestellten deutschen Beamten im IAA waren aber auch nicht unbedingt „rein“, wie der Fall Dobbernack deutlich machte. Dobbernack war von 1927 bis 1945 im RAM sowie nach dem Krieg als Versicherungsmathematiker im BMAS tätig. Er war verantwortlich für das 1933 erlassene nationalsozialistische „Sanierungsgesetz“, das zu einer erheblichen Kürzung der Invalidenrenten führte.<sup>70</sup> Anschließend war er für internationale Fragen zuständig, insbesondere für die Renten im Protektorat Böhmen und Mähren. Diese internationale Tätigkeit im Dienste des dritten Reichs konnte ihn paradoxerweise für eine Stelle in einer internationalen Organisation qualifizieren. Dobbernack war des Weiteren einer der wenigen Beamten der Abteilung für Sozialversicherung des RAM, die in die NSDAP eintraten (1937). Das stand seiner Einstellung im IAA 1952 und seiner Beförderung zum Leiter

---

<sup>66</sup> Karl-Heinz Roth, Die Sozialpolitik des „europäischen Großraumes“ im Spannungsfeld von Okkupation und Kollaboration (1938-1945), in: Werner Röhr (Hg.), Okkupation und Kollaboration (1938-1945): Beiträge zu Konzepten und Praxis der Kollaboration in der deutschen Okkupationspolitik, Berlin/Heidelberg: Hüthig 1994, S. 465.

<sup>67</sup> Viple, 23. Dezember 1941, A-IIA Z1/11.

<sup>68</sup> Kiran Klaus Patel/Sandrine Kott, Sozialpolitik zwischen Auslandspropaganda und imperialen Ambitionen, in: Alexander Nützenadel (Hg.), Das Reichsarbeitsministerium Im Nationalsozialismus: Verwaltung, Politik, Verbrechen, München: Beck 2017, S. 317-348.

<sup>69</sup> Brief von Jean Morellet an Tait, 8. Dezember 1950, sowie die übrige in dieser Akte enthaltene Korrespondenz, AIIA Z 9/24/2.

<sup>70</sup> Siehe hierzu ausführlich Alexander Klimo, Im Dienst des Arbeitseinsatzes. Rentenversicherungspolitik im Dritten Reich, Göttingen: Wallstein 2018.

der Abteilung für Sozialversicherung 1960 jedoch nicht im Weg.<sup>71</sup> Das gleiche gilt übrigens für den als Sachverständigen in die Kommission für die Umsetzung der Übereinkommen und Empfehlungen berufenen Sitzler. Der ehemalige IAO-Beamte hatte während der NS-Zeit am Arbeitswissenschaftlichen Institut der DAF gearbeitet und in der Zeitschrift Soziale Praxis, die er bis 1942 als Chefredakteur betreute, die Internationalisierung der nationalsozialistischen Sozialpolitik unterstützt.<sup>72</sup> Beide Beispiele erinnern uns, dass eine Entnazifizierung im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung nicht stattfand. Solche Vorkommnisse haben sicher nicht dazu beigetragen die Ausstrahlung der deutschen Sozialpolitik innerhalb der IAO zu fördern.<sup>73</sup>

Im doppelten Kontext der Niederlage und Besatzung sowie der Marginalisierung der Arbeiterbewegung in der langen Phase christdemokratischer Dominanz schien der DGB nun der IAO seine unerschütterliche Unterstützung anzutragen. Die deutschen Gewerkschaften hofften, so ihren internationalen Rang zurück zu erlangen. Dafür gab der DGB, so scheint es, sein Bestreben auf, die IAO für die Durchsetzung eines „deutschen Sozialmodells“ zu instrumentalisieren, das nach seiner propagandistischen Nutzung durch die Nazis jegliche Legitimität verloren hatte.<sup>74</sup>

## Die unerschütterliche Unterstützung durch den DGB

Schon früh suchte der DGB Kontakt mit der IAO, um jene Anerkennung zu erhalten, die er für seine endgültige Durchsetzung auf nationaler Ebene dringend benötigte. In den 1950er Jahren gab es rege Beziehungen zwischen DGB und IAO. Sie wurden durch den Umstand begünstigt, dass bis 1954 der deutsch sprechende Niederländer Jan Schuil für die Beziehungen zu den Arbeiterorganisationen zuständig war. Im Unter-

---

<sup>71</sup> In seiner offiziellen Biographie bei seiner Einstellung im IAA behauptete aber Dobbernick: „weitere Beförderungen wurden wegen Nichtzugehörigkeit zur NSDAP abgelehnt“. AIAA P 5418.

<sup>72</sup> Die Sozialpolitik wird „ihre Impulse nicht mehr von den blutleeren Ideen einer abstrakten Gerechtigkeit und Menschheitsbeglückung empfangen, sondern von natürlichen Gegebenheiten und praktischen Bedürfnissen der beteiligten Volkswirtschaften. Sie wird im Dienst der Zusammenarbeit der europäischen Völker stehen, wird diese Zusammenarbeit durch vernünftige Lenkung der Arbeitskräfte (...) erleichtern“. Friedrich Sitzler, Sozialpolitik im neuen Europa, in: Soziale Praxis 49, 15. August 1940, S. 16.

<sup>73</sup> Siehe Martin Münzel, Neubeginn und Kontinuitäten. Das Spitzenpersonal der zentralen deutschen Arbeitsbehörden 1945-1960, in: Alexander Nützenadel (Hg.), Das Reichsarbeitsministerium im Nationalsozialismus: Verwaltung, Politik, Verbrechen, München: Beck 2017, S. 494-551.

<sup>74</sup> Sandrine Kott, Fighting the War or Preparing for Peace? The ILO during the Second World War, in: Journal of Modern European History 12 (2014) 2-3, S. 359-376.

schied zu anderen Beamten des IAA war er den deutschen Gewerkschaften gegenüber wohlwollend. So wurde er 1954 als Vertreter der IAO eingeladen, an einer Versammlung des DGB-Ausschusses für Sozialpolitik teilzunehmen.<sup>75</sup> Auch die Eisenbahner im Saarland wandten sich an die IAO mit ihrer Forderung, im öffentlichen Dienst wieder Tarifverträge einzuführen, was die Regierung des Saarlands und der französische Staat ablehnten. Bei dieser Gelegenheit berief sich die Gewerkschaftsbewegung auf das Übereinkommen Nr. 98 über die Anwendung der Grundsätze des Vereinigungsrechtes und des Rechtes zu Kollektivverhandlungen.<sup>76</sup>

Nationale Empfindlichkeiten fanden dennoch weiterhin Ausdruck, wie etwa die Affäre um ein Glasfenster 1952 zeigt.<sup>77</sup> Ein 1924 der IAO von der deutschen Regierung als Geschenk überreichtes Glasfenster wurde aus praktischen Gründen ausgebaut, während deutsche Gewerkschaftler im Ausschuss für chemische Industrie tagten. Als der Generaldirektor David Morse Bericht erstattete, hatte der Chef der deutschen Delegation, Clasen, dem IAA-Beamten zufolge „größte Mühe, die deutschen Arbeitervertreter davon abzuhalten, Genf sofort zu verlassen.“<sup>78</sup> Im selben Jahr wurde auch die Frage nach Deutsch als Arbeitssprache erneut aufgeworfen. Im April 1952 forderten die deutschen Vertreter im Industrieausschuss vergeblich, dass ihnen ein Dolmetscher zur Verfügung gestellt werde.<sup>79</sup> Das Problem wurde im März 1953 in einem Gespräch zwischen dem Minister Storch und dem IAA-Direktor David Morse ebenfalls erörtert.<sup>80</sup> Bei seinem dritten Bundeskongress 1954 beschloss der DGB eine Resolution, in der er Deutsch als Arbeitssprache forderte: „Der Bundeskongress erwartet weiter, dass die Bundesregierung und alle sonstigen in Betracht kommenden Stellen darauf hinwirken, dass die deutsche Sprache als Verhandlungssprache wieder anerkannt wird, und bereits jetzt die Berichte und Anträge in deutscher Sprache erfolgen.“<sup>81</sup> Wie in der Zwi-schenkriegszeit betrachteten die deutschen Gewerkschaften eine Mitarbeit deutscher Arbeiter in der IAO als nicht möglich, solange Deutsch nicht als Arbeits- und Verhandlungssprache eingeführt wurde, und es ist sicher richtig, dass die Vertreter der Gewerkschaften zu jener Zeit gegenüber

<sup>75</sup> Brief von Willi Richter, März 1954, AIAA RL 24-3-19 –J2.

<sup>76</sup> Brief vom 18. Juni 1952, AIAA RL 24-3-19 –J2.

<sup>77</sup> Brief von Thudicum an Rens, 24. Oktober 1952, AIAA Z 3/24/1.

<sup>78</sup> AIAA Z/1/24/1/1/ J1.

<sup>79</sup> Brief von Schregle an Schuil, AIAA RL 24-3-19 –J2.

<sup>80</sup> Günther Schulz, Bewältigung der Kriegsfolgen. Rückkehr zur sozialpolitischen Normalität, Baden-Baden: Nomos 2005, S. 923 (= Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 3, hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales).

<sup>81</sup> Briefwechsel im Januar 1952, AIAA RL 24-3-19 –J2.

den Arbeitgebervertretern klar benachteiligt waren, was die kulturelle Ausstattung betrifft. Ihrer Forderung wurde jedoch in dem neuen Kontext nie nachgekommen.

Der Unterstützung des DGB für die IAO tat das jedoch keinen Abbruch. Im Juni 1951, d.h. kurz nachdem eine Mehrheit der Mitgliedstaaten der Aufnahme der BRD in die IAO zugestimmt hatte, überreichte der DGB dem Bundeskanzler eine Denkschrift über die Ratifizierung von Übereinkommen der IAO, die auch den Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates zugestellt wurde. Dem DGB zufolge sollte die BRD ihren Willen zur Zusammenarbeit mit der IAO durch die Ratifizierung der IAO-Übereinkommen sowie durch „die Verpflichtung“ klar unter Beweis stellen, „die deutsche Sozialgesetzgebung an die internationale Ebene anzupassen“. Neben den 13 bereits vom Deutschen Reich ratifizierten Übereinkommen, die auch von der BRD anerkannt wurden, empfahl der DGB 45 neue Übereinkommen zur Ratifizierung, von denen 17 eine Anpassung der deutschen Gesetzgebung an internationale Normen erforderten.<sup>82</sup> Dieses Ziel bekräftigte der DGB in den 1950er Jahren wiederholt, insbesondere bei seinem dritten Bundeskongress im Oktober 1954, bei dem besonders die Übereinkommen Nr. 102 über die Mindestnormen der sozialen Sicherheit und Nr. 100 über die Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit<sup>83</sup> diskutiert wurden. Anders als in der Zwischenkriegszeit scheinen die deutschen Akteure also nicht besonders auf der Überlegenheit der eigenen Gesetzgebung insistiert zu haben. Im Gegenteil: Die Gewerkschaften erwarteten von diesem internationalen Rückhalt eine Stärkung der sozialen Sicherheit in Deutschland. Das war vor allem hinsichtlich des Schutzes der erwerbstätigen Frauen der Fall. Der zuständige Arbeitsminister Anton Storch<sup>84</sup> erklärte zwar im Juni 1957 auf der Bühne der Internationalen Arbeitskonferenz: „Lasst uns ernsthaft fragen, ob die Welt nicht besser dran wäre, wenn die Frauen angehalten würden, ihre von je her angestammte Aufgabe zu erfüllen – die der Hausfrau und Mutter. Ich glaube, dass viele Probleme wie zum Beispiel das der Jugendkriminalität zum Wohle der Menschheit gelöst werden könnten, wenn die Kinder immer von ihren Müttern beaufsichtigt würden.“<sup>85</sup>

---

<sup>82</sup> [http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed\\_norm/---normes/documents/normativeinstrument/wcms\\_c100\\_de.htm](http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_norm/---normes/documents/normativeinstrument/wcms_c100_de.htm)

<sup>83</sup> Bericht von Seib an Rens, 15. Oktober 1954, AIAA RL 24-3-19 –J2. Siehe für die BRD allgemein Schulz, Bewältigung der Kriegsfolgen, S. 927–929.

<sup>84</sup> Siehe hierzu Klaus-Jörg Ruhl, Verordnete Unterordnung. Berufstätige Frauen zwischen Wirtschaftswachstum und konservativer Ideologie in der Nachkriegszeit (1945–1963), Berlin/Boston: De Gruyter 1994.

<sup>85</sup> IAK 1957, S. 266.

Aber dem Einsatz der christdemokratischen Gewerkschaftlerin Thea Harmuth sowie dem DGB insgesamt ist es zu verdanken, dass das Übereinkommen Nr. 100 im Jahr 1954 vom Deutschen Bundestag ratifiziert wurde. Thea Harmuth forderte übrigens 1953 mit Nachdruck, in den Korrespondenzausschuss für Frauenfragen der IAO aufgenommen zu werden – eine Forderung, der Mildred Fairchild umgehend nachkam.<sup>86</sup> Im Gegensatz zur Zwischenkriegszeit wurden die Übereinkommen der IAO nun eindeutig von den deutschen Gewerkschaften ins Feld geführt, um Verbesserungen der Sozialgesetzgebung in Deutschland selbst zu erreichen und nicht, um die Überlegenheit der deutschen Gesetzgebung zur Geltung zu bringen. Gewiss verfolgte der DGB in den 1950er Jahren seine Kampagne für die Ratifizierung der IAO-Übereinkommen durch den Bundestag<sup>87</sup>, die deutschen Gewerkschaften wandten sich darüber hinaus aber auch an die IAO, um Informationen über die internationale Gesetzgebung zu erhalten. Damit konnten sie die Chance erhöhen, ihre eigenen Forderungen durchzusetzen wie etwa 1953 diejenige nach der Einführung betrieblicher Arbeitsschutzausschüsse, die aus Vertretern der Belegschaften und der Unternehmer gebildet wurden.<sup>88</sup>

Die IAO wurde dann 1969 von den deutschen Gewerkschaften, wie sie es nie vorher gemacht hatten, gefeiert. Wenn die IAO zuvor weder Rahmen noch Anlass zur Erinnerung an die deutsche Sozialpolitik gewesen war, trug der DGB nun dazu bei, die IAO selbst als Erinnerungsstätte sozialen Fortschritts in Deutschland aufzubauen: Bei seinem Bundeskongress veranstaltete der DGB 1969 eine große Ausstellung zur Feier des 50. Jahrestags der IAO-Gründung. In seiner Rede widmete ihr Hermann Beermann lange Ausführungen und ging insbesondere auf die Fortschritte ein, die die IAO für die Gewerkschaftler bedeutet hatte; anschließend verabschiedeten die Kongressdelegierten einstimmig eine Resolution zur Unterstützung der Organisation.<sup>89</sup> Gleichzeitig wurde eine Broschüre von Bernt Heise verteilt, Sachverständiger beim deutschen Arbeitnehmervertreter im Verwaltungsrat, in der die Rolle der Gewerkschaften für die IAO herausgestellt wurde. So wurde die IAO als Erinnerungsstätte der internationalen Gewerkschaftsbewegung und Impulsgeber der internationalen Sozialpolitik gefeiert.

Diese Feierlichkeit ist ein Zeichen dafür, dass die Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und der IAO sich allmählich geändert hatten.

---

<sup>86</sup> Brief von Thea Harmuth an Schuil und Brief von Mildred Fairchild, Juni 1953, AIAA RL 24-3-19 –J2.

<sup>87</sup> Siehe die regelmäßigen Berichte Seibts, AIAA C.

<sup>88</sup> AIAA RL 24-3-19 –J2.

<sup>89</sup> AIAA-RL 24-3-19 (J3).

Einerseits rückten neue und international besser ausgebildete Persönlichkeiten in die Führung der Gewerkschaften auf, die zudem – vor allem nach der Verabschiedung des Düsseldorfer Programms – der Zusammenarbeit in einem reformistischen Rahmen offener gegenüberstanden. So räumte Hermann Beermann 1970 im Verwaltungsrat ein, dass man die Zahl der Arbeitssprachen unmöglich endlos erhöhen könne und dass man unter dem Gesichtspunkt der Effizienz eher an den Gebrauch des Spanischen denken müsse.<sup>90</sup> Andererseits führte der Eintritt der SPD in die Regierung 1966 und vor allem die Kanzlerschaft Willy Brandts zu einem tiefgreifenden Wandel in der Art und Weise, wie sich das Land auf internationaler Ebene positionierte. Der finanzielle Beitrag zur IAO wurde zudem erhöht.<sup>91</sup> Beermann und Muhr nahmen im Verwaltungsrat einen gegenüber den Gewerkschaftsvertretern aus Osteuropa offenere Haltung ein, was insbesondere von Generaldirektor David Morse<sup>92</sup> und später Wilfried Jenks sehr begrüßt wurde. Jenks hatte außerdem im DGB einen Rückhalt gegen die zu Beginn der 1970er Jahre stark antikommunistisch ausgerichtete Politik der US-amerikanischen AFL-CIO.

In dieser Phase war die Unterstützung der IAO durch den DGB unverkennbar eher politischer als sozialer Natur. Es ging vor allem darum, in einem durch die Spannungen mit der AFL-CIO geprägten Kontext den Ost-West-Dialog voranzutreiben. Damit wurde der DGB aber zweifelsohne für die IAO auch zu einer politischen Ressource. Das bringt uns zurück zu den Erwartungen der IAO an die deutschen Gewerkschaften.

---

<sup>90</sup> PV CA 1970, 180, S. 134.

<sup>91</sup> Hans Günther Hockerts (Hg.), 1966-1974: Eine Zeit vielfältigen Aufbruchs, Baden-Baden: Nomos 2006, S. 928 (= Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 5, hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales).

<sup>92</sup> Zusammenfassung der Diskussion David Morses mit Ludwig Rosenberg und Hermann Beermann am 6. März 1968, AIAA Z 3/24/1/J2.

## 4. Die deutschen Gewerkschaften, eine Ressource für die IAO

Die deutschen Gewerkschaften waren von Anfang an für die Internationale Arbeitsorganisation eine Ressource und dies in zweierlei Hinsicht. Auf der einen Seite öffneten sie wegen ihrer Einbindung in die Strukturen der Sozialpolitik und hier besonders der Sozialversicherungen ein Tor zum deutschen Sozialstaat, wodurch in der Zwischenkriegszeit die Stellung der noch jungen Organisation gestärkt wurde. Auf der anderen Seite interessierten sich die Beamten des IAA für das qualitativ hochwertige Fachwissen, dass die deutschen Gewerkschaften hervorbrachten. Albert Thomas hob in seinem Werk von 1904 nicht ohne Bewunderung hervor, dass es der deutschen Gewerkschaftsbewegung durch die Entwicklung ihrer Managementfähigkeiten gelungen sei, den Rang einzunehmen, der ihr im Deutschen Kaiserreich lange verweigert worden war: „Schließlich und hauptsächlich haben [die Gewerkschaften] durch das Werk der letzten Jahre im Reich eine völlig neue Stellung erobert. Ob sie will oder nicht muss die Regierung im Zuge der Entwicklung der Sozialgesetzgebung immer stärker auf ihre Mitarbeit zurückgreifen (...) Und wenn das letztlich so ist, haben uns die deutschen Gewerkschaftler ein großes Vorbild geliefert. (...) Von dem Tag an, als ihre Organisationen fest gefügt und stark waren, haben sie nicht mehr gezögert: im Vertrauen auf ihre Stärke und die Gewerkschaftsidee (...) haben sie nicht davor zurückgeschreckt, sich in die Geschäfte eines autoritären und bürokratischen Staatssozialismus einzumischen. Und mit dieser Tat, mit diesem Akt des Vertrauens, des Vertrauens in ihre eigenen Kräfte haben sie ihre Aufgabe erledigen können; ihre Hoffnungen und Wünsche haben dabei nicht an Kraft verloren, im Gegenteil: sie sind dadurch nur stärker geworden.“<sup>93</sup>

### Die Expertise der Zwischenkriegszeit

In der Zwischenkriegszeit, als die IAO noch schwach und in ihrer Existenz bedroht war, waren ihre Erwartungen gegenüber den mächtigen deutschen Gewerkschaften wahrscheinlich am größten. Albert Thomas und sein Team setzten auf den ADGB, um Deutschland an die Organisation zu binden und die Beziehungen mit dem RAM zu festigen. Der größte Teil der im IAA in Genf oder Berlin arbeitenden deutschen Gewerkschaftler

---

<sup>93</sup> Albert Thomas, *Le syndicalisme allemand: résumé historique 1848-1903*, Paris: G. Bellais 1904, S. 85 f.

spielte tatsächlich eine bedeutende Rolle in der Ausarbeitung und Verwaltung der deutschen Sozialpolitik. Alexander Schlicke, Direktor des Berliner Zweigamtes, und Rudolf Wissell, deutscher Arbeitnehmervertreter auf der Internationalen Arbeitskonferenz, waren in der Weimarer Republik 1919/1920 bzw. von 1928 bis 1930 Arbeitsminister. Willy Donau war Mitglied der Arbeitsverwaltung der Stadt Berlin und Regierungsrat; Wilhelm Claussen machte nach dem Zweiten Weltkrieg unter Minister Blank Karriere als Staatssekretär im BMAS.

Des Weiteren standen die deutschen Gewerkschaften im Zentrum des Modells sozialer Demokratie, dem das IAA ein ausgeprägtes Interesse entgegenbrachte. Seit Beginn der 1920er Jahre unterstrich Albert Thomas, dass die Arbeitnehmermitbeteiligung, etwa die Schlichtungsverfahren, Instrumente zur Konfliktprävention und Sozialordnung darstellten, die auch im Mittelpunkt des Projekts der IAO standen.<sup>94</sup> Über das Abkommen zwischen Unternehmern und Arbeitern, das im November 1918 die „Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer“ begründete, äußerte Albert Thomas 1920: „Eines der interessantesten Merkmale des modernen Deutschland, das wir genau werden untersuchen müssen, denn es hat unmittelbar mit dem Geist zu tun, aus dem heraus das IAA gegründet worden ist, ist die organische Annäherung zwischen Arbeitern und Unternehmern.“<sup>95</sup> Deutschland konstituierte in diesem Sinn einen Schatz an Erfahrungen, die umso mehr Wirkung entfalteten, als sie bereits viele Jahre zurückreichten (die ersten Betriebsräte wurden 1890 als Arbeiterausschüsse im Gesetz erwähnt) und recht vielfältig waren: Betriebsräte, Tarifverträge, Schlichtungsverfahren bei Arbeitskämpfen und sogar Vergesellschaftung des Bergbaus.<sup>96</sup> In ihrer Gesamtheit beruhten diese Erfahrungen auf der Existenz einer mächtigen, hervorragend organisierten Gewerkschaftsbewegung und die Beamten des IAA wollten dieses Modell weiterverbreiten. Als 1927 die Zahl der unter staatlicher Aufsicht durchgeföhrten Zwangsschlichtungsverfahren stark anstieg, bekräftigte Albert Thomas bei einer Reise ins Rheinland auf Deutsch: „In Deutschland sind eben die Grundideen der IAO in die nationale Verfassung eingeschrieben“<sup>97</sup> und erhob Deutschland damit zum Sozialmodell und Vorbild der neuen Organisation.

Schließlich waren die Beamten des IAA auch darauf bedacht, das soziale Fachwissen zu binden, das die deutschen Gewerkschaftler in der

---

<sup>94</sup> Siehe die Resolution von 1928 in Bureau international du travail, Dix ans d'organisation internationale du travail, Genève: BIT 1931, S. 311.

<sup>95</sup> Reiseberichte für das Büro Albert Thomas, 12. Mai 1920, A-IIA CAT 1/1920.

<sup>96</sup> Hierzu besonders Marcel Berthelot, Les conseils d'entreprise en Allemagne, Genève: BIT 1924 (= Études et Documents, B).

<sup>97</sup> Rede Albert Thomas' auf seiner Reise ins Rheinland 1927, A-IIA CAT 1/27/8/3.

Mitverwaltung der verschiedenen Zweige der Sozialversicherung gewonnen hatten. Walter Pryll war zwar kein Gewerkschaftler, wurde aber als Chefarzt der Berliner AOK und eine der Hauptfiguren des sozialdemokratischen Sozialhygienismus der Weimarer Republik als Sachverständiger in den Gesundheitsausschuss berufen. Oswald Stein, Experte für Sozialversicherungen im IAA, freute sich 1925, dass er Kontakte mit dem Hauptverband deutscher Krankenkassen und seinem Vorsitzenden, dem Gewerkschaftler Helmut Lehmann<sup>98</sup>, hatte knüpfen können, der 1930 zum Sachverständigem im Sozialversicherungsausschuss ernannt wurde. Durch seine Berufung, die den Beamten des RAM überhaupt nicht schmeckte, nahmen die Mitglieder des IAA unzweideutig Stellung zugunsten einer Organisation der Kassen, die für die Arbeitergewerkschafter vorteilhaft war. Im Gegenzug erwarteten die Beamten, dass dies zur Bildung einer wohlwollenden Aufnahme der IAO und ihres Anliegens in der internationalen Öffentlichkeit führe. Am 4. Oktober 1927 gründeten Oswald Stein und Adrien Tixier die Internationale Zentralstelle von Verbänden der Krankenkassen und Hilfsvereine<sup>99</sup>, die ein Gegengewicht zum Einfluss der Ärzteverbände und privaten Versicherungsunternehmen bilden sollte.<sup>100</sup> Den Vorsitz des Verbands übernahm der sozialdemokratische Abgeordnete Leo Winter aus Prag; Helmut Lehmann wurde sein Stellvertreter.

Die positive Wahrnehmung der sozialen demokratischen Tragweite der deutschen Sozialpolitik trug dazu bei, dass die IAO als institutioneller Rahmen zur Internationalisierung der Erinnerung an die deutsche Sozialpolitik fungierte. Interessanterweise scheinen aber gerade die Gewerkschaftler, die in verschiedenen Gremien an der Arbeit der IAO beteiligt waren, an dieser symbolischen Konstruktion nicht mitgewirkt zu haben.

## Der DGB

Und doch hielt die Präsenz deutscher Gewerkschaftler in den Expertenkommissionen auch nach dem Zweiten Weltkrieg an, ja sie verstärkte sich

---

<sup>98</sup> Brief von Stein an Maurette, 24. November 1925, sowie von Tixier an Thomas, 13. Januar 1926, AIAA, SI 1/0/24.

<sup>99</sup> 1937 wurde sie zur „Internationalen Zentralstelle der Sozialversicherungsträger“ (nach der französischen Bezeichnung – „Confédération internationale de la mutualité et de l'assurance sociale“ – kurz CIMAS genannt), 1947 zur „Internationalen Vereinigung für Soziale Sicherheit“ (IVSS). Zur Gründung der CIMAS aus französischer Sicht siehe Michel Dreyfus, Mutualité et organisations politiques et sociales internationales (1889-1939), in: *Vingtième Siècle. Revue d'histoire* 48 (1995), S. 92-102.

<sup>100</sup> Diese versuchten, sich ausgehend von der Schweiz zu organisieren, siehe Bericht von Stein an Maurette, 10. Dezember 1926, AIAA, SI 22/1/1.

sogar noch. Vertreter des DGB waren in den meisten der Industrieausschüsse anzutreffen, die eher den entwickelten Ländern offenstanden, aber auch in zahlreichen Sachverständigenausschüssen und hier besonders im Sozialversicherungsausschuss.<sup>101</sup> Otto Brenner beispielweise, der charismatische spätere IG Metall-Vorsitzende, war 1954 Mitglied des Ausschusses für Eisen und Stahlindustrie<sup>102</sup>; Willi Richter war Arbeitnehmervertreter im Ausschuss für mechanische Industrie und Kohlebergbau<sup>103</sup> und an der Diskussion über die Kosten der sozialen Sicherheit beteiligt.<sup>104</sup> Hermann Beermann war Mitglied des Ausschusses für die Anwendung der Übereinkommen und arbeitete 1963/1964 im Sachverständigenausschuss für Automatisierung mit; außerdem war er 1964 Mitglied des Ausschusses für Holz- und Möbelindustrie. In all diesen Jahren drängte er darauf, die Industrieausschüsse zu vermehren und stärker auszudifferenzieren, was in der Tat der Gliederung des gewerkschaftlichen Dachverbands nach Branchen besser entsprach.<sup>105</sup> 1966 war Beermann zudem Mitglied des International Institute for Social Studies der IAO<sup>106</sup> und nahm wiederholt zur Frage der Ausarbeitung zuverlässigerer internationaler Arbeitsstatistiken Stellung.<sup>107</sup>

Was das IAA wie auch in der Zwischenkriegszeit an den deutschen Gewerkschaften interessierte, war ihr qualitativ hochwertiges Fachwissen und ab der zweiten Hälfte der 1950er Jahre insbesondere das Wissen über Automatisierung. David Morse reiste 1968 zum Kongress der IG Metall und hielt dort einen langen Vortrag zu diesem Thema.<sup>108</sup> 1980 beendete Bernard Fortin seinen Bericht über die vom DGB veranstaltete Konferenz zu Beschäftigungsfragen mit den Worten: „Wir waren beindruckt von der Ernsthaftigkeit der Diskussion und dem hohen Niveau der Beteiligten. Ich kann mich nicht erinnern, außer vielleicht in den skandinavischen Ländern, je an einer gewerkschaftlichen Versammlung teilgenommen zu haben, bei der Ökonomen, Forscher, Praktiker und Aktivisten (alle Gewerkschaftler) mit solchen technischen Fachkenntnissen und einem solchen Sinn für Politik so schwierige Probleme besprochen haben.“<sup>109</sup>

Schließlich erlaubten es dem DGB seine finanziellen Möglichkeiten, die aus der Perspektive der IAO enorm zu sein schienen, sich an Entwicklungshilfeprojekten der IAO zu beteiligen und insbesondere ab 1957 das

---

<sup>101</sup> Siehe die Gutachten von Bodo Schaff für den DGB, AIAA SI 4-01-4-101-1.

<sup>102</sup> AIAA RL 24-3-19 (J2).

<sup>103</sup> PV CA, 1959, 141, S. 63.

<sup>104</sup> PV CA 1955, 128, S. 16.

<sup>105</sup> Siehe auch seine Diskussion mit Morse im März 1968, AIAA Z1/24/3 J2.

<sup>106</sup> PV CA 1964, 160, S. 50.

<sup>107</sup> Siehe etwa PV CA, 1967, 169, S. 56.

<sup>108</sup> AIAA RL 24-3-30 (J2).

<sup>109</sup> AIAARL 24-3-19 (J6) Bericht Fortin 30.10.1980

Andenprogramm zu unterstützen.<sup>110</sup> Willi Richter, der im Verwaltungsrat selten das Wort ergriff, sprach sich 1957 mit deutlichen Worten für die Entwicklungshilfe aus<sup>111</sup> und sollte sich in diesem Bereich persönlich engagieren. 1965 beteiligte sich der DGB an der Finanzierung eines Ausbildungszentrums in Ecuador.<sup>112</sup> 1966 bot der DGB weitere Unterstützung für das Andenprogramm an und äußerte den Wunsch, dass sich die IAO an der Verwaltung eines Ausbildungszentrums im nordwestbrasilianischen Pindorama beteilige, das er zum Teil mitfinanzierte.<sup>113</sup> Diese Hilfe gründete auf der Vorstellung einer umfassenderen sozialen Gerechtigkeit, im Sinn einer gerechteren Aufteilung des globalen Reichtums<sup>114</sup>, hatte aber auch – vielleicht hauptsächlich – eine andere Dimension, nämlich die des Exports des im DGB vorhandenen praktischen und technischen Sachverstands. Auch das 1968 in Turin gegründete International Training Center für Führungskräfte aus Ländern des Südens unterstützte der DGB entschlossen und warb als Vermittler bei der deutschen Regierung um die Beteiligung des Bundes an der Finanzierung.<sup>115</sup> Beermann, der das Bildungsprogramm des Turiner Zentrums befürwortete, wurde Mitglied seines Aufsichtsrats. Hier übernahm er ein weiteres Mal die Rolle des Schlichters, als er zu Vorwürfen der US-amerikanischen Gewerkschaften Stellung nahm, das Zentrum sei kommunistisch unterwandert.

Es ist merkwürdig, dass diese Mitwirkung an der Entwicklungspolitik der IAO nicht selbst vom DGB als internationale Solidaritätspolitik hervorgehoben wurde und auch nie in der langen Tradition dieser in der Tat seit dem 19. Jahrhundert praktizierten internationalen Solidarität der deutschen Gewerkschaften thematisiert wurde. Die IAO ist also nicht, wie man es hätte erwarten können, als Rahmen der Erinnerung dieser gewerkschaftlichen Solidarität wahrgenommen und weiterentwickelt worden. Dafür gibt es mehrere Gründe. Zuerst gehörte diese internationale Solidarität zur Sprache des Freien Deutschen Gewerkschaftsbunds der DDR und war deshalb in der BRD schwer zu vertreten. Zweitens wurde diese internationale Solidarität durch die Mitglieder der Gewerkschaften eher als

---

<sup>110</sup> AIAA RL 24-3-19 (J3)

<sup>111</sup> PV CA 1957, 137, S. 83.

<sup>112</sup> Brief von Beermann an Jeff Rens, 19. Mai 1965, AIAA RL 24-3-19 (J4).

<sup>113</sup> AIAA Z 1 24/3/1. Das Pindorama-Projekt war eng mit der Person Willi Richter verknüpft. Es scheint, als gäbe es zu dieser Unternehmung zahlreiche Dokumente in den Nachlässen der deutschen Arbeiterbewegung bei der Friedrich-Ebert-Stiftung. Siehe auch Hans-Holger Paul (Hg.), Inventar zu den Nachlässen der deutschen Arbeiterbewegung, München: De Gruyter 1993.

<sup>114</sup> Zur Entwicklungspolitik der IAO siehe Daniel Maul, Menschenrechte, Sozialpolitik und Dekolonisation: Die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) 1940-1970, Essen: Klar-text 2007.

<sup>115</sup> AIAA Z 1 24/3/1.

Last wahrgenommen und deshalb von der Führung diskret betrieben. Drittens war in dieser Zeit die IAO sicher nicht mehr der Ort, an dem die deutschen Gewerkschaften bevorzugt ihr soziales Modell diskutierten und verbreiteten. Darauf deutet beispielsweise hin, dass die Einführung der dynamischen Rente 1957 in der IAO kaum gewürdigt, im Europarat hingegen breit diskutiert wurde.<sup>116</sup>

---

<sup>116</sup> Nicole Kramer, Vers une coordination internationale de la politique du vieillissement: le Conseil de l'Europe et la République fédérale d'Allemagne, in: Revue d'histoire de la protection sociale 2017, 10, S. 84-102. Das belegt auch Peter Köhler, Internationale Sozialpolitik, in: Michael Ruck/ Marcel Boldorf (Hg.), 1957-1966: Sozialpolitik im Zeichen des erreichten Wohlstandes, Baden-Baden: Nomos 2007, S. 821-840 (= Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 4, hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales).

## Fazit

Welche Rolle spielte also die IAO für die Erinnerung an die deutsche Sozialpolitik und was war die Funktion der Gewerkschaften in diesem Prozess? In der Zwischenkriegszeit hatte die IAO tatsächlich als Resonanzkörper für die von den deutschen Akteuren gerühmte Vortrefflichkeit ihrer Sozialpolitik gedient. Die Konstruktion des deutschen Sozialmodells auf internationaler Ebene war aber vor allem ein Anliegen der Beamten des RAM. Die deutschen Gewerkschaftler, die in der Verwaltung der Sozialversicherungsträger mitwirkten, trugen zu dieser symbolischen Konstruktion kaum bei. Auf der anderen Seite waren auch die internationalen Beamten des IAA in die Konstruktion und Verbreitung des deutschen Sozialmodells eingebunden. Sie stammten oft aus sozialistischen Milieus und hießen deshalb Lösungen grundsätzlich gut, die die soziale Demokratie förderten. In diesem Sinn fungierte die IAO doch als Rahmen zur Internationalisierung des ‚Erinnerungsorts deutscher Sozialstaat‘ und damit auch der Erinnerung an das Wirken der deutschen Gewerkschaften. Doch wirkten die deutschen Gewerkschaftler selbst kaum daran mit.

Nach dem Zweiten Weltkrieg verkörperte bis 1973 nur die BRD die Tradition der deutschen Sozialpolitik. Aber in Wirklichkeit gab es keine Kontinuität mehr. Das Personal aus der Zeit vor dem Nationalsozialismus - das gilt auch für die Gewerkschaftler – war weitgehend kompromittiert und diskreditiert. Außerdem führten die gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse in Westdeutschland selbst zumindest bis in die 1960er Jahre zu einer merkwürdigen Umkehrung: Das IAA war nun weniger ein Ort der Werbung für das deutsche Sozialmodell als vielmehr eine Quelle der Unterstützung für Forderungen der Gewerkschaften, insbesondere der Frauen. Ab Ende der 1960er Jahre setzten die deutschen Akteure auf das IAA, um in Europa die von ihnen betriebene Entspannungspolitik durchzusetzen. Der DGB trug dann auch dazu bei, das Bild der IAO als internationalen Ort des sozialen Fortschritts und der sozialen Demokratie zu verbreiten. Davon, dass die deutschen Akteure in der IAO versucht haben, das deutsche Sozialmodell weiter zu internationalisieren, gab es hingegen keine Spur mehr. Sogar wenn der DGB sich international solidarisch betätigte, spielte die Erinnerung an die lange Tradition der finanziellen Solidarität mit streikenden Arbeitern seit dem 19. Jahrhundert keine Rolle. Die Gründe dieses gebrochenen Gedächtnisses sind vielfältig. Dabei spielt ohne Zweifel die tragische Geschichte Deutschlands eine erhebliche Rolle, aber auch die feste Verankerung der Gewerkschaften im nationalen Rahmen, auch hinsichtlich der Sozialpolitik, muss hier genannt werden.

Für die Erinnerungen der Gewerkschaften, und nicht nur der deutschen Gewerkschaften, war die internationale Arbeitsorganisation nicht sehr relevant, vor allem, weil die Sozialpolitik innerhalb der nationalen Grenzen stattfindet. Als Trägerschichten der Erinnerung an die internationale soziale Expertise käme nur ein begrenzter Zirkel von internationalen Experten in Betracht. Gewerkschaftsmitglieder konnten daher nicht Teil der Erinnerungsgemeinschaft werden.

Hinzu kommt, dass die deutschen gewerkschaftlichen Trägerschichten der Erinnerung in der IAO immer dünn gewesen waren. Es gab nie viele Gewerkschaftler in der IAO und im IAA und diejenigen, die es gab, verstanden sich nicht als Brücke zwischen der internationalen und der nationalen Bühne. Entweder agierten sie als Vertreter ihrer „Landsleute“ in der internationalen Organisation, wie es in der Weimarer Zeit bei Baumeister, Schlicke und Müller der Fall war, oder sie internationalisierten sich völlig und verloren den Kontakt zu den einheimischen Gewerkschaften weitgehend, wie im Fall von Schregle.

Das heißt aber nicht, dass die deutschen Gewerkschaften ihre sozialpolitische Expertise und ihr Know-how der internationalen Sozialpolitik nicht zur Verfügung stellten oder dass sie überhaupt keine internationale Solidarität entwickelten, aber dieser Internationalismus wurde in der IAO nicht erinnert. Und noch weniger international erinnert wurde das Engagement der deutschen Gewerkschaften als Träger und Mitgestalter der deutschen Sozialpolitik.

*Übersetzung aus dem Französischen von Marcel Streng*

## Literatur

- Baumeister, Albert: Der deutsche Arbeiter in der Internationale, Berlin: Verlag der neuen Gesellschaft 1925.
- Berthelot, Marcel, Les conseils d'entreprise en Allemagne, Genève: BIT 1924 (= Études et Documents, B).
- Bureau international du travail, Admission de l'Allemagne et de l'Autriche dans l'organisation permanente du travail, Genève: IAO 1920.
- Bureau international du travail, Dix ans d'organisation internationale du travail, Genève: BIT 1931, S. 311.
- Congrès international socialiste, Copenhague, 1910, Genève: Minkoff (reprint) 1981, S. 481.
- Congrès international socialiste d'Amsterdam (14-20 aout 1904), Bd. 14, Brüssel: Éditions de Bruxelles (reprint), S. 134-135.
- Dreyfus, Michel, Mutualité et organisations politiques et sociales internationales (1889-1939), in: Vingtième Siècle. Revue d'histoire 48 (1995), S. 92-102.
- Eisenberg, Jacky, Laquelle était la vraie France? France and the ILO during the Second World War, in: Jasmien Van Daele u. a. (Hg.), ILO histories: essays on the International Labour Organization and its impact on the world during the twentieth century, Bern/New York: Peter Lang 2010, S. 341-365.
- Führer, Karl Christian, Carl Legien 1861-1920: ein Gewerkschafter im Kampf um ein „möglichst gutes Leben“ für alle Arbeiter, Essen: Klartext 2009.
- Hockerts, Hans Günther (Hg.), 1966-1974: Eine Zeit vielfältigen Aufbruchs, Baden-Baden: Nomos 2006 (= Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 5, hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales).
- Klimo, Alexander, Im Dienst des Arbeitseinsatzes. Rentenversicherungspolitik im Dritten Reich, Göttingen: Wallstein 2018.
- Köhler, Peter, Internationale Sozialpolitik, in: Michael Ruck/Marcel Boldorf (Hg.), 1957-1966: Sozialpolitik im Zeichen des erreichten Wohlstandes, Baden-Baden: Nomos 2007, S. 821-840 (= Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 4, hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales).
- Kott, Sandrine, Kann es transnationale Erinnerungsorte geben? Das Beispiel der International Labour Organisation, in: Kirstin Buchinger, Claire Gantet, Jakob Vogel (Hg.), Europäische Erinnerungsräume, Campus, Frankfurt/M.: 2009, S. 281-296.

- Kott, Sandrine, Competing Internationalisms: The Third Reich and the International labour Organization, in: dies./Kiran Klaus Patel (Hg.), *Nazism across Borders. The Social policies of the Third Reich and their Global appeal*, Oxford: Oxford University Press 2018, S. 29-52.
- Kott, Sandrine, Der Sozialstaat, in: Etienne François/Hagen Schulze (Hg.), *Deutsche Erinnerungsorte*, München: Beck 2001, S. 485-502.
- Kott, Sandrine, Dynamiques de l'internationalisation: l'Allemagne et l'Organisation internationale du travail (1919-1940), in: *Critique Internationale* 52 (2011), S. 69-84.
- Kott, Sandrine, Fighting the War or Preparing for Peace? The ILO during the Second World War, in: *Journal of Modern European History* 12 (2014) 2-3, S. 359-376.
- Kramer, Nicole, Vers une coordination internationale de la politique du vieillissement: le Conseil de l'Europe et la République fédérale d'Allemagne, in: *Revue d'histoire de la protection sociale* 2017, 10, S. 84-102.
- Maul, Daniel, Menschenrechte, Sozialpolitik und Dekolonisation: Die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) 1940-1970, Essen: Klartext 2007.
- Münzel, Martin, Neubeginn und Kontinuitäten. Das Spitzenpersonal der zentralen deutschen Arbeitsbehörden 1945-1960, in: Alexander Nützenadel (Hg.), *Das Reichsarbeitsministerium im Nationalsozialismus: Verwaltung, Politik, Verbrechen*, München: Beck 2017, S. 494-551.
- o. V., Biografie Maximilian Sauerborns, in:  
<https://www.historikerkommission-reichesarbeitsministerium.de/Biografien/Maximilian-Sauerborn>.
- o. V., Léon Jouhaux, *Revue internationale du travail* 70 (1954) 3-4, S. 260-276.
- Patel, Kiran Klaus/Sandrine Kott, Sozialpolitik zwischen Auslandspropaganda und imperialen Ambitionen, in: Alexander Nützenadel (Hg.), *Das Reichsarbeitsministerium Im Nationalsozialismus: Verwaltung, Politik, Verbrechen*, München: Beck 2017, S. 317-348.
- Paul, Hans-Holger (Hg.), *Inventar zu den Nachlässen der deutschen Arbeiterbewegung*, München: De Gruyter 1993.
- Resolutions of the International Labor Conference at Leeds, July 1916, in: James Shotwell (Hg.), *The Origins of The International Labor Office*, 2 Bde., New York: Columbia University Press 1934.
- Riegelman, Carol, War-Time Trade-Union and Socialist Proposals, in: ebd., Bd. 1, S. 64 f.

- Roth, Karl-Heinz, Die Sozialpolitik des „europäischen Großraumes“ im Spannungsfeld von Okkupation und Kollaboration (1938-1945), in: Werner Röhr (Hg.), Okkupation und Kollaboration (1938-1945): Beiträge zu Konzepten und Praxis der Kollaboration in der deutschen Okkupationspolitik, Berlin/Heidelberg: Hüthig 1994, S. 465.
- Ruhl, Klaus-Jörg, Verordnete Unterordnung. Berufstätige Frauen zwischen Wirtschaftswachstum und konservativer Ideologie in der Nachkriegszeit (1945–1963), Berlin/Boston: De Gruyter 1994.
- Schulz, Günther, Bewältigung der Kriegsfolgen. Rückkehr zur sozialpolitischen Normalität, Baden-Baden: Nomos 2005, S. 923 (= Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 3, hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales).
- Seib, Friedrich Georg, Für Wiederaufbau und Entwicklung: Erinnerungen und Erfahrungen im deutschen und internationalen Dienst, Heiligenstadt: Cordier 2001.
- Sitzler, Friedrich, Sozialpolitik im neuen Europa, in: Soziale Praxis 49, 15. August 1940, S. 16.
- Thébaud, Françoise, Une traversée du siècle: Marguerite Thibert, femme engagée et fonctionnaire internationale, Paris: Belin 2017.
- Thomas, Albert, Le syndicalisme allemand: résumé historique 1848-1903, Paris: G. Bellais 1904.
- Tosstorff, Reiner, The International Trade-Union Movement and the Founding of the International Labour Organization, in: International Review of Social History 50 (2005) 3, S. 399-433.
- Tosstorff, Reiner, Wilhelm Leuschner gegen Robert Ley: Ablehnung der Nazi-Diktatur durch die Internationale Arbeitskonferenz 1933 in Genf, Frankfurt am Main: VAS 2007.
- Weber, Petra, Gescheiterte Sozialpartnerschaft - gefährdete Republik? Industrielle Beziehungen, Arbeitskämpfe und der Sozialstaat. Deutschland und Frankreich im Vergleich (1918-1933/39), München: Oldenbourg 2010.
- Wintzer, Joachim, Deutschland und der Völkerbund 1918-1926, Paderborn: Schöningh 2006.